

Basler Aktiengesellschaft Ahrensburg

Testatsexemplar

Zusammengefasster Lagebericht und Jahresabschluss
für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Inhaltsübersicht

Zusammengefasster Lagebericht und Jahresabschluss

Zusammengefasster Lagebericht

Bilanz

Gewinn- und Verlustrechnung

Anhang

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

Deloitte bezieht sich auf Deloitte Touche Tohmatsu Limited (DTTL), ihr weltweites Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und ihre verbundenen Unternehmen (zusammen die „Deloitte-Organisation“). DTTL (auch „Deloitte Global“ genannt) und jedes ihrer Mitgliedsunternehmen sowie ihre verbundenen Unternehmen sind rechtlich selbstständige und unabhängige Unternehmen, die sich gegenüber Dritten nicht gegenseitig verpflichten oder binden können. DTTL, jedes DTTL-Mitgliedsunternehmen und verbundene Unternehmen haften nur für ihre eigenen Handlungen und Unterlassungen und nicht für die der anderen. DTTL erbringt selbst keine Leistungen gegenüber Kunden. Weitere Informationen finden Sie unter www.deloitte.com/de/UeberUns.

Konzernlagebericht

Inhalt

1. Grundlagen des Basler Konzerns und der Basler Aktiengesellschaft	41	4. Nachtragsbericht	21
1.1 Konzernstruktur	41	5. Prognosebericht des Konzerns	22
1.2 Geschäftsmodell	41	6. Chancen- und Risikobericht	23
1.3 Steuerungssystem	42	6.1 Grundlagen des Risikomanagements	23
1.4 Forschung und Entwicklung	44	6.2 Interne Organisation	26
2. Wirtschaftsbericht	46	6.3 Finanzen	27
2.1 Rahmenbedingungen	46	6.4 Beschaffungsmarkt	27
2.2 Geschäftsverlauf des Basler Konzerns	9	6.5 Absatzmarkt und Wettbewerb	28
2.3 Ertragslage des Basler Konzerns	10	6.6 Politische und rechtliche Risiken und Chancen	29
2.4 Finanzlage des Basler Konzerns	12	6.7 Operationale Risiken und Chancen	30
2.5 Vermögenslage des Basler Konzerns	13	6.8 Gesamtaussage und Ausblick	30
2.6 Weitere finanzielle Leistungsindikatoren des Basler Konzerns	15	7. Corporate Governance System (ungeprüft)	31
2.7 Gesamtaussage für den Basler Konzern	15	7.1 Erklärung zur Unternehmensführung für Konzern und Basler Aktiengesellschaft gemäß § 289f und § 315d HGB	33
3. Basler AG – Aussagen und Angaben zum Jahresabschluss der Gesellschaft	16	8. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten	33
3.1 Geschäftsverlauf der Gesellschaft	17	9. Ergänzende Angaben nach § 289a, 315a HGB	34
3.2 Ertragslage der Basler AG	18	10. Zusammengefasster Nichtfinanzieller Konzernbericht	37
3.3 Finanzlage der Basler AG	19	11. Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht	37
3.4 Vermögenslage der Basler AG	20		
3.5 Finanzielle Leistungsindikatoren der Basler AG	21		
3.6 Gesamtaussage für die Basler AG	21		

Konzernlagebericht

1. Grundlagen des Basler Konzerns und der Basler Aktiengesellschaft

1.1 Konzernstruktur

Die Basler Aktiengesellschaft (nachfolgend "Gesellschaft") mit Sitz in Ahrensburg ist das Mutterunternehmen des Basler Konzerns (nachfolgend "Konzern") und zur Konzernrechnungslegung verpflichtet. Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird nach den Regeln des deutschen Handelsgesetzbuchs (HGB) sowie ergänzend nach den Regelungen des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Der Konzernabschluss wird nach IFRS Accounting Standards, herausgegeben vom International Accounting Standards Board (IASB), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, erstellt. Des Weiteren sind die für in Deutschland nach IFRS bilanzierenden Unternehmen ergänzenden Vorschriften nach §315e Abs.1 HGB berücksichtigt. Für das Geschäftsjahr 2024 wird erstmalig ein zusammengefasster Lagebericht erstellt.

In den Konsolidierungskreis sind neben der Gesellschaft die Tochtergesellschaften Basler Inc. (Exton, USA), Basler Vision Technology (Beijing) Co. Ltd. (Peking, China), Basler Italy s.l.r. (Mailand, Italien), Basler France SA (Bordeaux, Frankreich), Basler Poland sp. z o.o. (Krakau, Polen) sowie der Teilkonzern Basler Asia Pte. Ltd. (Singapur, Singapur) einbezogen. Der Teilkonzern Basler Asia Pte. Ltd. umfasst neben der Muttergesellschaft in Singapur die Tochterunternehmen Basler Vision Technologies Taiwan Inc. (Jhubei City/Taiwan), Basler Korea Inc. (Jungwongu/Südkorea) sowie Basler Japan KK (Tokio, Japan).

Weitere Repräsentanzen bestehen in dem Vereinigten Königreich, Finnland, Frankreich, Malaysia und den Niederlanden. Basler France wurde zum 2. Juli 2024 erstmals vollkonsolidiert.

Darüber hinaus besteht eine Minderheitsbeteiligung zu 25,1 % an der Roboception GmbH (München, Deutschland). Die Minderheitsbeteiligung an der Roboception GmbH wird nach der „at equity“ Methode in den Konzernabschluss einbezogen.

1.2 Geschäftsmodell

Der Konzern entwickelt, produziert und vertreibt weltweit Investitionsgüter der Computer Vision (der Technologie des maschinellen Sehens) für professionelle Anwender. Der überwiegende Anteil des Umsatzes entfällt aktuell auf digitale Kameras, die vor allem in der industriellen Massenproduktion, in medizinischen Anwendungen, in der Verkehrskontrolle sowie in der Logistik eingesetzt werden. Der Konzern erweitert kontinuierlich sein Produktangebot in Richtung eines Vollsortiments von Hard- und Software-Komponenten und entwickelt sich somit schrittweise zum Lösungsanbieter für Computer Vision Anwendungen. Basler Produkte und Vision-Lösungen zeichnen sich durch Innovation, hohe Zuverlässigkeit, einfache Integration und ein attraktives Preis-Leistungs-Verhältnis aus. Zielkunden sind nationale und internationale Hersteller von Investitionsgütern (OEM-Kunden), die Bildverarbeitungskomponenten und -lösungen in ihre eigenen Systeme und Geräte integrieren und diese an Endanwender vermarkten. Die Kunden werden überwiegend durch den eigenen Direktvertrieb oder über regionale Vertriebspartner (Distributoren) betreut.

Konzernlagebericht

Das Produktsortiment des Konzerns ist generisch und in vielen Branchen bzw. Anwendungen einsetzbar. Die Basler-Lösung bzw. die Basler-Komponenten werden nach erfolgreicher Integration durch den OEM-Kunden im Rahmen seiner eigenen Produkt-entwicklung (sogenanntes Design-In) fester Bestandteil der jeweiligen Kunden-Lösung. Da OEM-Kunden im Normalfall ihre Lieferanten über den Lebenszyklus ihres eigenen Produkts nicht wechseln, schließt sich an die Entwicklungsphase des Kunden eine mehrjährige, stabile Geschäftsbeziehung an.

In den Tochtergesellschaften bzw. unselbständigen Niederlassungen werden überwiegend absatzbezogene Leistungen erbracht. In Singapur besteht darüber hinaus eine Produktion für die Versorgung des lokalen asiatischen Marktes. In Taiwan und Korea werden zudem kundenspezifische Anpassungen für den asiatischen Markt entwickelt. In Polen befindet sich ein Software-Entwicklungszentrum.

Externe Einflussfaktoren auf das Geschäftsmodell des Konzerns sind die allgemeine makroökonomische Lage und die Nachfragesituation in den regionalen Absatzmärkten Asien, Europa und Nordamerika. Aufgrund der Ausrichtung auf Investitionsgüterkunden ist die Konjunktur im Maschinen- und Anlagenbau, insbesondere im Bereich Halbleiter und Elektronik, für die Geschäftsentwicklung des Konzerns von besonderer Bedeutung. Infolge der in den Vorjahren begonnenen Expansion in Märkte außerhalb der Fabrikautomation, z.B. Medizin- und Verkehrstechnik sowie Logistik, erschließt der Konzern weiteres Wachstumspotenzial und reduziert die Zyklizität des Geschäfts. Der Konzern partizipiert an den Fortschritten der Computer Vision Technologie und treibt diese zugleich voran.

Durch zunehmende Leistungsfähigkeit, Preisreduktion, einfachere Anwendung und Digitalisierung wächst Computer Vision Schritt für Schritt in weitere Anwendungsbereiche hinein.

1.3 Steuerungssystem

Der Konzern verfolgt eine profitable Wachstumsstrategie. Das organische Wachstum bildet den Schwerpunkt, wird jedoch durch Unternehmenszukaufe ergänzt. Grundlage der Konzernsteuerung ist ein jährlich ablaufender Strategieprozess, in dem die Ausrichtung hinsichtlich Zielmärkten, Positionierung, Leistungsprogramm, Technologien und Absatzstrategie festgelegt wird.

Der Strategieprozess mündet in eine qualitative und quantitative Mittel- und Langfristplanung sowie in das Budget für das kommende Geschäftsjahr. Finanzielle und nicht-finanzielle Leistungsindikatoren werden identifiziert, festgelegt und zu einem Balanced-Score-Card-System (BSC) mit abgeleiteten Scorecards für wesentliche Wertschöpfungsprozesse zusammengefasst. Davon sind die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren, für die am Kapitalmarkt eine Prognose erfolgt, der Konzern-Umsatz und die Konzern-Vorsteuer marge (nachfolgend EBT-Marge = Earnings Before Tax / Umsatz). Weitere finanzielle Leistungsindikatoren zur Steuerung des Konzerns sind Auftrags-eingang, Vorräte, die Bruttoergebnismarge vom Umsatz (Umsatz abzüglich Herstellungskosten/Umsatz) und der freie Cashflow des Konzerns.

Konzernlagebericht

Auf operativer Ebene gibt es zudem ein sogenanntes „Daily Management“ bzw. „Shopfloor Management“, im Rahmen dessen der tägliche Arbeitsfortschritt und kontinuierliche Verbesserungen gesteuert werden. Die Kennzahlen der BSC und der unter-liegenden Scorecards werden monatlich aktualisiert und im Kreis des Managements besprochen. Abweichungen vom Ziel werden somit auf unterschiedlichen Hierarchie-ebenen frühzeitig erkannt und durch Gegen- und Vorbeugemaßnahmen adressiert.

Neben diesen finanziellen Leistungsindikatoren existieren nichtfinanzielle Kennzahlen zur Steuerung von sozialen und ökologischen Aspekten im Konzern. Hierzu zählen insbesondere die Mitarbeiterzufriedenheit und die CO2-Bilanz des Unternehmens, die einmal pro Jahr erhoben wird. Zur unterjährigen Kontrolle wird der Fortschritt der Umsetzung von Einsparungsmaßnahmen verfolgt. Darüber hinaus werden eine Vielzahl von Datenpunkten im nichtfinanziellen Bereich erhoben und in einem separaten Bericht detailliert aufgeführt. Wir verweisen an dieser Stelle auf den zusammengefassten Nichtfinanziellen Bericht.

Um eine hohe Qualität und Zuverlässigkeit der hergestellten Produkte und der im Unternehmen definierten Wertschöpfungsprozesse zu gewährleisten, verfügt der Konzern über ein weltweit implementiertes Qualitätsmanagementsystem (QM-System). Regelmäßig findet ein Quality-Management-Review statt, in dem der Vorstand mit den Prozessverantwortlichen und dem Qualitätsmanagementbeauftragten das Managementsystem auf Wirksamkeit prüft und für eine kontinuierliche Verbesserung sorgt. Unterjährig wird im Rahmen interner Audits geprüft, ob die Abläufe in der betrieblichen Praxis mit den Prozessbeschreibungen des QM-Systems im Einklang stehen. Einmal pro Jahr findet ein externes Audit statt, um zu überprüfen, ob das QM-System gemäß den Bestimmungen ISO 9001:2015 angewendet wird.

Konzernlagebericht

1.4 Forschung und Entwicklung

Als Technologieunternehmen ist der Konzern darauf angewiesen, neue technologische Trends frühzeitig zu erkennen und schnell in Produktentwicklungen einfließen zu lassen. Da sich die Bildverarbeitungstechnologie dynamisch weiterentwickelt und das Unternehmen eine Wachstumsstrategie verfolgt, werden pro Jahr im Durchschnitt etwa 13 - 15 % vom Konzern-Umsatz in Forschung und Entwicklung (R&D) investiert. Die R&D-Aktivitäten gliedern sich sortiert nach ihren Fristigkeiten und Reifegrad wie folgt:

- ▶ Gesteuertes Innovationsmanagement
- ▶ Vorentwicklung neuer Technologien
- ▶ Entwicklung neuer Plattform-Architekturen für künftige Produktlinien sowie hierfür notwendige Fertigungstechnologien
- ▶ Entwicklung neuer Produktlinien bzw. Produkte auf bestehenden Produktplattformen
- ▶ Kundenspezifische Anpassungen von Produkten und integrierte Bildverarbeitungslösungen
- ▶ Technische Produktpflege über den Lebenszyklus der Produkte

Im Rahmen des Innovationsmanagements werden Innovationsideen nach einem festgelegten Prozess gesammelt, bewertet, getestet und ausgewählt. Der Innovationsprozess folgt dem Prinzip „fail fast, learn fast“. Im Rahmen des Prozesses werden technologische und kommerzielle Aspekte sowie Aspekte der Nachhaltigkeit berücksichtigt, so dass im Erfolgsfall am Ende des Innovationsprozesses eine qualifizierte Produkt- bzw. Geschäftsidee steht, die durch Anwendung von klassischen Produktentstehungsprozessen skaliert werden kann.

Die Vorentwicklung untersucht Technologien, die für den Einsatz in künftigen Produkten und Vision Lösungen sinnvoll erscheinen. Der Konzern ist bestrebt, neue Technologien bereits im Vorfeld von Plattform- oder Produktentwicklungen möglichst weitgehend zu durchdringen, um potenzielle Risiken hinreichend analysiert zu haben. Auf diese Weise können anschließende Produktentwicklungen effizienter und mit höherer Planungstreue ablaufen. Um frühzeitig Kunden- bzw. Markt-Feedback zu erhalten, werden ausgewählten Kunden neue Technologien bereits während der Vorentwicklungsphase präsentiert.

Konzernlagebericht

Innerhalb der Plattform- und Produktentwicklung waren im Geschäftsjahr 2024 folgende Vorhaben wesentlich:

▶ Entwicklung neuer Plattform-Technologien:

- Erweiterung der pylon Software Suite um regelbasierte Bildauswertungs-Funktionen zur Erstellung von Computer Vision Lösungen
- Erweiterung der pylon Software Suite um KI-basierte Bildauswertungs-Funktionen zur Erstellung von Computer Vision Lösungen
- Erweiterung der pylon Software Suite um Funktionen zur Unterstützung diverser neue Hardware-Produkte
- Erweiterung der Kamera-Plattformen ace 2 und boost um weitere Sensorfamilien und die Kommunikations-Schnittstellen 5GigE und CXP
- Entwicklung einer neuen Zeilenkamera-Plattform racer 2
- Erweiterung der Kamera-Plattform dart um eine GigE (Gigabit Ethernet)-Kommunikations-Schnittstelle
- Entwicklung einer modularen Produktplattform für Anwendungen im Bereich 3D-Stereo-Vision

▶ Produktentwicklung:

- Erweiterung der Produktlinien ace 2, boost und dart um neue CMOS-Sensoren und zusätzliche Firmware-Funktionalitäten
- Erweiterung der 3D-TOF (Time-of-Flight) Produktplattform blaze um neue Produktvarianten
- Erweiterung der Produktlinien ace 2 um neue SWIR (Short-wave infrared)-Sensoren mit erhöhter Auflösung zwecks Abdeckung von Anwendungen außerhalb des sichtbaren Lichtspektrums
- Neue Produkte im Framegrabber-Sortiment
- Neue Releases der VisualApplets Software zur Bildvorverarbeitung auf Framegrabber-Produkten
- Entwicklung und Qualifizierung neuer Zubehörprodukte im Bereich der Bilderzeugung (insbesondere im Bereich Kabel, Beleuchtung, Objektive sowie Interface-Karten)
- Entwicklung kundenspezifischer Produkthanpassungen bzw. Produktvarianten

Konzernlagebericht

Auf Innovationen und Vorentwicklungen wird aus Vertraulichkeitsgründen im Rahmen dieses Berichts nicht näher eingegangen.

Aufgrund des Personalabbaus in den Geschäftsjahren 2023 und 2024 sanken die Vollkosten für R&D gegenüber dem Vorjahr deutlich von 33,0 Mio. € auf 28,8 Mio. € und betragen 15,6 % (VJ: 16,2 %) vom Konzern-Umsatz. Zum Stichtag 31.12.2024 hatte die R&D Organisation des Konzerns 219 Vollstellenäquivalente.

Absolut betragen die aktivierten Investitionen in eigene Entwicklungen im Berichtsjahr 8,7 Mio. € (VJ: 8,2 Mio. €). Die Höhe der Abschreibungen auf eigene Entwicklungen betrug 8,3 Mio. € (VJ: 12,4 Mio. €). Die Aktivierungsquote sank von 30,2 % auf 24,8 %.

Die Gesellschaft ist per Geschäftsjahresende 2024 Inhaberin von 119 Patenten und Patentanmeldungen. Davon befinden sich 63 Patente in Kraft und 56 Patentanmeldungen im Anmeldeverfahren. Weiterhin ist die Gesellschaft Inhaberin von 4 Gebrauchsmustern und 22 Designs.

Die Gesellschaft ist Inhaberin von 173 eingetragenen Marken. Weitere Marken befinden sich im Anmeldeverfahren.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

Weltweit lag das Wirtschaftswachstum bei lediglich 2,6 %. Die für den Konzern wichtigen Regionen entwickelten sich unterschiedlich. Während Europa lediglich 1,0 % BIP-Zuwachs erreichte, wuchs die Wirtschaftsleistung in den USA um 2,8 % und in China sogar um 4,7 %. (Quelle: Berenberg, Wirtschaft und Finanzmärkte, Ausblick 2025).

Der Produktionsindex für das produzierende Gewerbe betrug per Dezember 2024 86,8 und sank um 4,2 % gegenüber dem Vorjahresmonat. (Quelle: Statistisches Bundesamt). Geopolitische Krisen, hohe Zinsniveaus und Inflation führten zu einem anhaltend schlechten Investitionsklima.

Der für den Konzern im Besonderen relevante Markt für Investitionsgüter im Bereich Robotik & Automation hat sich gegenüber dem Vorjahr erneut rückläufig entwickelt. Die Auftragseingänge deutscher Unternehmen in diesem Sektor verzeichneten nominell einen Abschwung von 11 %. Die erzielten Umsätze sanken nominell um 5 %. Die Hersteller von industriellen Bildverarbeitungskomponenten verzeichneten in Summe einen nominellen Rückgang im Auftragseingang von 3 % und im Umsatz von 12 %. (Quelle: VDMA-Statistik, Jan-Dez 2024).

Konzernlagebericht

Vor dem Hintergrund dieses Marktumfeldes war das Geschäftsjahr 2024 für den Konzern erneut herausfordernd, und eine erwartete Erholung in der zweiten Jahreshälfte blieb aus. Zusätzlich belasteten überhöhte Lagerbestände in der gesamten Lieferkette die ohnehin schwache Nachfrage.

2.2 Geschäftsverlauf des Basler Konzerns

Nach einem starken Wachstum in den Vorjahren hatte der Konzern im Geschäftsjahr 2023 einen Umsatzrückgang von 25 % zu verzeichnen. Im Geschäftsjahr 2024 reduzierte sich der Konzern-Umsatz erneut von 203,1 Mio. € in 2023 auf 183,7 Mio. € in 2024. Zum Jahresstart stiegen der Auftragseingang und der Umsatz des Konzerns zunächst sukzessive an. Im dritten Quartal kam es jedoch zu einem unvorhergesehenen Rücksetzer im Auftragseingang und Umsatz und die antizipierte Markterholung in der zweiten Jahreshälfte blieb aus. Das Management war gezwungen, die Kapitalmarktprognose anzupassen und reagierte unverzüglich mit einem konzernweiten Kostensenkungsprogramm. Aufgrund der abgesunkenen Auftragseingänge sowie der gesunkenen Markterwartung für das Fiskaljahr wurde die im März 2024 mit Veröffentlichung des Geschäftsberichtes herausgegebene Prognose für das Geschäftsjahr, mit einem Konzern-Umsatzkorridor von 190 - 210 Mio. € und einer EBT-Marge von 0 – 5 %, korrigiert. Am 21.10.2024 wurde über eine Ad-hoc Meldung die Prognose auf einen Konzern-Umsatzkorridor von 178 - 184 Mio. € und einen Konzern-Vorsteuerverlust zwischen 8 - 12 Mio. € gesenkt.

Das konzernweite Kostensenkungsprogramm sah den Abbau von rund 50 Vollstellen-äquivalenten vor. Das Programm verfolgte das Ziel, die Gewinnschwelle des Konzerns auf rund 180 Mio. € Umsatz bis zur Jahreswende abzusenken und die Organisationsgröße und -struktur auf die mittelfristig zu erwartenden Umsatzerlöse anzupassen.

Darüber hinaus wurden organisatorische Änderungen umgesetzt, um die Transformation zum Lösungsanbieter zu beschleunigen und die veränderte geopolitische Situation sowie den starken Wettbewerb in China zu reflektieren. Das Kostensenkungsprogramm wurde im vierten Quartal 2024 plangemäß umgesetzt. Ein Großteil des Einmalaufwands fiel im Dezember an. Während der Umsetzung des Kostensenkungsprogramms stiegen die Auftragseingänge zum Ende des Geschäftsjahres an, so dass der Konzern mit veränderter Kostenstruktur und einem soliden Auftragseingangsniveau in das neue Geschäftsjahr startet. Das Jahr 2024 wurde schließlich mit einem Konzern-Umsatz von 183,7 Mio. € und einem Konzern-Vorsteuerverlust in Höhe von 12,0 Mio. € abgeschlossen. Der Einmalaufwand für das Kostensenkungsprogramm betrug in 2024 6,9 Mio. €, er ist in dem ausgewiesenen Konzern-Verlust vollständig enthalten.

Durch die anziehenden Auftragseingänge zum Jahresende stieg der Auftragsbestand im Konzern zur Jahreswende zum 31.12.2024 auf 39 Mio. € an (31.12.2023: 33 Mio. €). Mit einem Umsatzäquivalent oberhalb von 2 Monaten befand er sich erstmals seit mehr als 24 Monaten wieder auf einem normalen Niveau.

Konzernlagebericht

Die Strategieumsetzung wurde durch zwei Maßnahmen im Bereich M&A untermauert. Im Juni beteiligte sich die Gesellschaft mit 25,1 % an der Roboception GmbH, München (nachfolgend „Roboception“) und stärkte damit ihr Technologieportfolio im Bereich 3D und die bereits bestehende Zusammenarbeit. Roboception ist ein 3D-Vision Spezialist, seit knapp 10 Jahren am Markt und hat 15 Mitarbeitende.

Zur Stärkung der Marktzugänge in Europa übernahm die Gesellschaft im Juli wie geplant die restlichen Anteile von Basler France. Per 01.07.2022 hat die Gesellschaft 25,1 % an der i2S Vision (welche dann in Basler France umbenannt wurde) zu einem Kaufpreis von 1,0 Mio. € erworben. Mit Erwerb der restlichen 74,9 % zum 02.07.2024 verfügt die Gesellschaft über einen kontrollierenden Einfluss gem. IFRS 10.

2.3 Ertragslage des Basler Konzerns

in Mio. €	2024	2023	Veränderung	in %
Umsatzerlöse	183,7	203,1	-19,4	-10
Währungsergebnis	1,2	-1,3	2,5	>-100
Kosten der umgesetzten Leistung	-100,9	-116,1	15,2	-13
Bruttoergebnis	84,0	85,7	-1,7	-2
Sonstiger betrieblicher Ertrag	2,8	2,7	0,1	4
Sonstige Sach- und Personalkosten	-96,6	-110,4	13,7	-12
Operatives Ergebnis	-9,8	-21,9	12,1	-55
Finanzergebnis	-1,1	1,5	-2,6	>-100
Gewinnanteile an Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden	-0,3	0,2	-0,6	>-100
Wertminderungsaufwendungen (einschließlich Wertaufholungen) an Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden	-0,7	0,0	-0,7	n.a.
Ergebnis vor Ertragssteuern	-12,0	-20,2	8,2	-41
Ertragssteuern	-1,8	6,4	-8,1	>-100
Jahresfehlbetrag	-13,8	-13,8	0,0	0

Konzernlagebericht

Der Konzern-Umsatz 2024 verringerte sich um 19,4 Mio. € auf 183,7 Mio. € und sank somit um 10 %. Die wesentliche Ursache dieses Rückgangs ist die geringere Nachfrage basierend auf der generellen schwachen globalen wirtschaftlichen Lage. Durch Veränderungen im Produktmix und einem gestiegenen Umsatzanteil des Zubehörsortiments konnte der durchschnittliche Erlös pro Kamerakanal gesteigert werden. Preiserhöhungen im engeren Sinne waren im Jahr 2024 vor dem Hintergrund der Lieferketten- und Wettbewerbssituation nicht durchsetzbar.

Deutliche Fortschritte wurden bei der Verbesserung der Bruttoergebnismarge erzielt. Durch eine Vielzahl von Produktpassungen und Senkungen der Einkaufspreise für Material, konnte die Bruttoergebnismarge von 42,2 % in 2023 auf 45,7 % in 2024 gesteigert werden.

In den sonstigen Sach- und Personalkosten in Höhe von 96,6 Mio. € (VJ: 110,4 Mio. €) sind Personalkosten in Höhe von 66,6 Mio. € (VJ: 78,5 Mio. €) enthalten. Diese verringerten sich zum Vorjahr auf Grund des Rückgangs des Personals. Die durchschnittliche Anzahl der Vollstellenäquivalente betrug in 2023 1.059 FTE und sank in 2024 auf 881 FTE auf Grund von Restrukturierungsmaßnahmen. In 2024 sanken die Personalkosten vor allem durch das im Q4 durchgeführte Kostensenkungsprogramm. Zum 31.12.2024 beschäftigte der Konzern weltweit 854 FTE. Im Geschäftsjahr 2024 wurde aufgrund der wirtschaftlichen Lage auf eine inflationsbedingte Anpassung der Gehälter verzichtet.

Der sonstige Sachaufwand in den sonstigen Sach- und Personalkosten betrifft im Wesentlichen Abschreibungen in Höhe von 9,4 Mio. € (VJ: 9,9 Mio. €), Rechts- und Beratungskosten 5,3 Mio. € (VJ: 4,6 Mio. €), operative Mietkosten 3,8 Mio. € (VJ: 3,7 Mio. €), Raumkosten 2,9 Mio. € (VJ: 3,7 Mio. €), Reisekosten 1,9 Mio. € (VJ: 2,0 Mio. €) sowie Instandhaltungskosten 1,8 Mio. € (VJ: 1,7 Mio. €).

Im Geschäftsjahr wurde die Beteiligung an der Roboception GmbH um 0,7 Mio. € abgewertet. Der Wert der Beteiligung kann in den kommenden Jahren schwanken. Das verbleibende Risiko für den Konzern kann aktuell mit dem Restbuchwert von Roboception in Höhe von 0,3 Mio. € beziffert werden. Der Konzern hat keine finanziellen Verpflichtungen übernommen, die mit der Beteiligung verbunden sind.

Das Konzern-Ergebnis vor Steuern betrug -12,0 Mio. € (VJ: -20,2 Mio. €). Dieser Konzern-Verlust enthält Einmalaufwendungen aus dem Kostensenkungsprogramm von 6,9 Mio. €, welche in Zusammenhang mit dem Abbau von Personal und der Abwertung von aktivierten Entwicklungen standen. Zusätzlich entstanden Einmalaufwendungen aus Abwertungen von Vorräten um ca. 3 Mio. € in Korea, da die Bewertungsmethode gegenüber dem Vorjahr an den Konzernstandard angepasst wurde. Auf Immaterielle Vermögenswerte wurden Wertminderungen in Höhe von 1,5 Mio. € vorgenommen, da sich die Ertragsaussichten einiger aktivierter Produktentwicklungen verschlechtert haben.

Der Ertragsteueraufwand von 1,8 Mio. € (VJ: 6,4 Mio. € Ertragsteuerertrag) resultiert aus Ertragsteuerbelastungen in Tochtergesellschaften und einer aperiodischen Steuernachzahlung für Vorperioden von 4,9 Mio. €.

Konzernlagebericht

2.4 Finanzlage des Basler Konzerns

Das Liquiditätsmanagement im Konzern ist darauf ausgerichtet, den Kapitalbedarf so zu decken, dass Investitionen für organisches Wachstum über einen positiven freien Cashflow selbst finanziert werden. Temporäre Spitzenbeträge für Akquisitionen werden teilweise fremdfinanziert und langfristig über positive freie Cashflows durch Eigenkapital ersetzt. Dabei werden die Fälligkeitsrisiken, die Bewertungen der Kreditgeber sowie Eigen- und Fremdkapitalkosten in einem angemessenen Verhältnis ausbalanciert und eine Unabhängigkeit von Fremdkapitalgebern angestrebt. Darüber hinaus sieht die Dividendenpolitik eine konstante Ausschüttungsquote von 30 % des Konzern-Nachsteuerergebnisses vor, sofern die wirtschaftlichen Verhältnisse diesem nicht entgegenstehen.

Auch im Geschäftsjahr 2024 wurde die Liquidität des Unternehmens sehr eng gesteuert. Das verlustreiche Vorjahr und der erneute Abschwung in der Nachfrage in Kombination mit hohen Lagerbeständen als Folge der Chipkrise strapazierte die Liquiditätslage des Konzerns. Der Marktabschwung im dritten Quartal, die Prognoseanpassung und das Kostensenkungsprogramm im vierten Quartal wurde durch eine transparente und regelmäßige Kommunikation mit den langjährigen Hausbanken begleitet und von diesen unterstützt. Für den Stichtag 31.12.2024 wurden die beiden finanziellen Covenants, Konzern-Eigenkapitalquote und Konzern-Nettoverschuldungsgrad, ausgesetzt. Nach Planung des Vorstands werden die Covenants im Jahr 2025 eingehalten.

Im Geschäftsjahr 2024 wurde aus der betrieblichen Tätigkeit ein Cashflow in Höhe von 15,9 Mio. € (VJ: 6,3 Mio. €) generiert. Dem Konzern-Jahresfehlbetrag von 13,8 Mio. € stehen positiv der Abbau von Vorräten i.H.v. 5,2 Mio. € und die Abnahme sonstiger Passiva von 2,3 Mio. € gegenüber. Die Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens betragen 19,8 Mio. € (VJ: 23,6 Mio. €).

Demgegenüber standen Investitionstätigkeiten in Höhe von -13,3 Mio. € (VJ: -13,1 Mio. €). Diese beinhalteten neben Investitionen in Sachanlagen auch aktivierte Entwicklungen in Höhe von 8,4 Mio. € und den Erwerb von Unternehmensanteilen an Roboception, Trust NXT und Basler France in Summe von 4,2 Mio. €.

Der freie Cashflow als Saldo des Cashflows aus betrieblicher Tätigkeit und des Cashflows aus Investitionstätigkeiten summierte sich auf 1,4 Mio. € (VJ: -9,2 Mio. €).

Auf der Finanzierungsseite wurden im Geschäftsjahr 2024 Bankverbindlichkeiten in Höhe von 8,3 Mio. € getilgt. Es wurden keine weiteren Kredite aufgenommen. Der Saldo der KfW-Darlehen betrug zum Stichtag 52,1 Mio. € (VJ: 60,9 Mio. €). Diese langfristigen KfW-Darlehen sind mit 0,75 – 2,19 % verzinst. Aufgrund der Verlustsituation im vorherigen Geschäftsjahr wurden 2024 keine Dividenden (VJ: 4,2 Mio. €) ausgeschüttet. Zum Bilanzstichtag bestanden nicht in Anspruch genommene Kreditlinien bei den Hausbanken in Höhe von 12,9 Mio. € (VJ: 10,0 Mio. €).

Insgesamt betrug der Cashflow aus Finanzierungstätigkeiten in 2024 -12,3 Mio. € (VJ: 12,7 Mio. €).

Konzernlagebericht

Der Finanzmittelbestand, der ausschließlich aus liquiden Mitteln bestand, betrug zum Geschäftsjahresende 21,3 Mio. € (VJ: 32,2 Mio. €). Die Liquidität war jederzeit gesichert, um das operative Geschäft und die notwendigen Investitionen zu finanzieren sowie die planmäßigen Tilgungen der Kredite sicherstellen zu können.

2.5 Vermögenslage des Basler Konzerns

Die Vermögenslage des Konzerns stellt sich wie folgt dar:

in Mio. €	31.12.2024	31.12.2023	Veränderung	in %
Immaterielle Vermögenswerte	41,2	44,3	-3,1	-7,0
Geschäfts- oder Firmenwert	49,4	45,8	3,6	7,9
Sachanlagen	12,2	14,6	-2,4	-16,4
Nutzungsrechte aus Leasingverhältnissen	19,1	22,3	-3,2	-14,4
Finanzanlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Nach der Equity-Methode bewertete Finanzanlagen	0,3	1,8	-1,5	-83,3
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte	7,2	5,5	1,7	30,9

Sonstige langfristige Vermögenswerte	0,1	0,0	0,1	n/a
Latente Steueransprüche	3,2	2,4	0,8	33,3
Summe Langfristige Vermögenswerte	132,7	136,7		
Vorräte	38,8	44,0	-5,2	-11,8
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	28,4	27,4	1,0	3,7
Sonstige kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	0,9	0,9	0,0	-0,0
Sonstige kurzfristige nicht-finanzielle Vermögenswerte	9,3	12,6	-3,3	-26,2
Steuererstattungsansprüche	2,2	1,9	0,3	15,8
Bankguthaben und Kassenbestände	21,3	32,2	-10,9	-33,9
Summe kurzfristige Vermögenswerte	100,9	119,0		
Summe Aktiva	233,6	255,7		
Gezeichnetes Kapital	30,7	30,7	0,0	0,0
Kapitalrücklagen	10,6	10,7	0,0	0,0
Gewinnrücklagen	89,4	102,5	-13,0	-12,7
Sonstige Bestandteile des Eigenkapitals	-6,3	-4,7	-1,6	34,0
Summe Eigenkapital	124,4	139,2		

Konzernlagebericht

Langfristige Finanzverbindlichkeiten	44,2	51,4	-7,2	-14,0
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0,0	0,5	-0,5	-100,0
Leasingverbindlichkeiten	16,8	19,9	-3,1	-15,6
Langfristige Rückstellungen	1,4	1,3	0,1	7,7
Latente Steuerschulden	1,4	3,3	-1,9	-57,6
Summe Langfristige Schulden	63,8	76,4		
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	8,3	9,7	-1,4	-14,4
Kurzfristige Rückstellungen	6,8	7,2	-0,4	-5,6
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13,9	14,7	-0,8	-5,4
Sonstige finanzielle Verbindlichkeiten	0,2	0,6	-0,4	-66,7
Sonstige nicht-finanzielle Verbindlichkeiten	11,6	4,6	7,1	>100
Leasingverbindlichkeiten	2,8	2,7	0,1	3,7
Kurzfristige Steuerschulden	1,8	0,7	1,1	>100
Summe kurzfristige Schulden	45,4	40,2		
Summe Passiva	233,6	255,8		

Die Geschäfts- oder Firmenwerte (Goodwill aus M&A Transaktionen) stiegen durch die M&A Transaktionen im Geschäftsjahr 2024 zum Stichtag auf 49,4 Mio. € (VJ: 45,8 Mio. €). Die immateriellen Vermögensgegenstände verringerten sich gegenüber dem Vorjahr um 3,2 Mio. € auf 41,2 Mio. €, darin enthalten sind Sonderabschreibung i.H.v. 1,5 Mio. € auf nicht werthaltige eigene Entwicklungen.

Die Buchwerte der Sachanlagen reduzierten sich um 2,4 Mio. € auf 12,2 Mio. €. Planmäßigen Abschreibungen standen Investitionen in technische Anlagen und Maschinen und in sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattungen in Höhe von 0,8 Mio. € entgegen. Die Buchwerte der Nutzungsrechte reduzierten sich um 3,2 Mio. € auf 19,1 Mio. €.

Die Vorräte konnten aufgrund der anhaltenden Nachfrageschwäche nicht im geplanten Umfang abgebaut werden. Die Bestandsreduktion ergab sich im Wesentlichen durch Abwertungen von Rohwaren und Fertigerzeugnissen sowie durch hinreichend genau approximierten Reichweitenabschläge von 8,5 Mio. € (VJ 6,1 Mio. €). Die Buchwerte der Vorräte sanken konzernweit insgesamt um 5,2 Mio. € und betragen zum 31.12.2024 38,8 Mio. €.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen konzernweit gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mio. € auf 28,4 Mio. € an. Ursächlich hierfür war der Umsatzanstieg zum Ende des Geschäftsjahres.

Konzernlagebericht

Die Bankguthaben und Kassenbestände wiesen mit 21,3 Mio. € einen um 10,9 Mio. € niedrigeren Saldo gegenüber dem Vorjahr aus. Die Reduktion resultierte aus dem schwachen operativen Geschäft verbunden mit Investitionen für M&A Transaktionen und der Tilgung von Darlehen.

Das Konzern-Eigenkapital sank gegenüber dem Vorjahr um 14,8 Mio. € auf 124,4 Mio. €. Diese Reduktion resultierte im Wesentlichen aus dem Konzernverlust.

Die langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Banken sanken durch planmäßige Tilgungen um 8,3 Mio. € auf 52,1 Mio. €. Neue Kredite wurden nicht aufgenommen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sanken konzernweit gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. € auf 13,9 Mio. € und wiesen damit keine wesentliche Veränderung auf.

Das Bestellobligo betrug im Konzern zum Stichtag 24,3 Mio. € (VJ: 26,1 Mio. €) und wies unter Berücksichtigung mehrmonatiger Wiederbeschaffungszeiträume für Produktionsmaterial ein normales Niveau auf.

Der Anstieg der sonstigen kurzfristigen Schulden um 7 Mio. € auf 27,5 Mio. € zum 31.12.2024 resultierte zu 3,2 Mio. € aus Verbindlichkeiten aus Steuern auf Grund der Feststellungen der in der Gesellschaft stattgefundenen Betriebsprüfung.

2.6 Weitere finanzielle Leistungsindikatoren des Basler Konzerns

Auf die bedeutsamsten Leistungsindikatoren Konzern-Umsatz und EBT-Marge wurde bereits in Kapitel 2.3 eingegangen. Auch die weiteren finanziellen Leistungsfaktoren: Auftragseingang, Vorräte, die Bruttoergebnismarge von Umsatz bzw. das Bruttoergebnis vom Umsatz und der freie Cashflow des Konzerns wurden in den vorherigen Kapiteln zur Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage bereits aufgeführt.

In Bezug auf die nichtfinanziellen Kennzahlen Leistungsindikatoren wird auf den umfangreichen zusammengefassten Nichtfinanziellen Bericht verwiesen.

2.7 Gesamtaussage für den Basler Konzern

Nach zwei sehr starken Wachstumsjahren 2021 und 2022 folgten zwei Jahre mit deutlichen Umsatzrückgängen. Die Sonderkonjunktur während der Pandemie in den bedeutenden Vertikalmärkten Halbleiter, Elektronik, Logistik und Laborautomation erwies sich aus heutiger Sicht als vorgezogene und nicht als zusätzliche Nachfrage. Darüber hinaus wirkte sich die Chipkrise verstärkend auf die zunächst steigende und später sinkende Nachfrage aus. Knappheit an Chips und steigende Lieferzeiten für Bildverarbeitungskomponenten führten in den Jahren 2021 und 2022 zunächst zu übertriebenen Bestellungen und anschließend zu Stornierungen und übermäßigen Lagerbeständen bei Kunden, welche bis weit in das Geschäftsjahr 2024 hinein die originäre Nachfrage dämpften. Nach einem sehr starken Umsatzrückgang im Jahr 2023 sank der Umsatz im Jahr 2024 erneut um 10 % auf 183,7 Mio. €.

Konzernlagebericht

Die Restrukturierung aus dem Geschäftsjahr 2023 erwies sich im Laufe des Jahres 2024 als nicht ausreichend, da die erwartete Markterholung in der zweiten Jahreshälfte ausblieb und der Umsatz die deutlich reduzierte Gewinnschwelle von rund 200 Mio. € nicht erreichte. Nachdem sich der monatliche Auftragseingang und Umsatz bis zur Mitte des Geschäftsjahres positiv entwickelten, sanken beide im dritten Quartal unerwartet deutlich und induzierten eine Prognoseanpassung. Das Management leitete unverzüglich ein weiteres Kostensenkungsprogramm ein, welches bereits im vierten Quartal umgesetzt wurde und die Gewinnschwelle für das Geschäftsjahr 2025 auf rund 180 Mio. € Umsatz senkt.

Der operative Verlust und die einmaligen Aufwendungen für das Kostensenkungsprogramm in Höhe von 6,9 Mio. € summierten sich auf einen Vorsteuerverlust von 12,0 Mio. €. Zusätzlich musste die Liquidität sehr eng gesteuert werden, da neben dem hohen Verlust weiterhin viel Kapital in den Lagerbeständen gebunden war und Kredite planmäßig zurückgeführt wurden. Wo vorhanden, wurden Covenants von den Hausbanken ausgesetzt, so dass die Finanzierung des Unternehmens zu keiner Zeit gefährdet war. Das Kostensenkungsprogramm lässt den Konzern mit schlankerer Kostenstruktur und stabiler Finanzierung in das neue Geschäftsjahr starten. Im 4. Quartal des Jahres stiegen die Auftragseingänge wieder an und ließen den Konzern profitabel in das Geschäftsjahr 2025 starten. Die makro-ökonomische und geopolitische Lage bleibt auch im Jahr 2025 unsicher. Trotz dieser Unsicherheiten und den ungünstigen, wirtschaftlich sehr herausfordernden letzten zwei Jahren, ist das Management von den mittel- bis langfristigen Potenzialen des Marktes und des Unternehmens fest überzeugt.

Das Management ist entschlossen, das Unternehmen schnellstmöglich wieder in die Profitabilitätszone zu führen und gleichzeitig die Transformation zum Lösungsanbieter weiter zu beschleunigen. Infolge des kontinuierlichen Ausbaus des Produktportfolios und der Vertriebs- sowie Marketingorganisation verfügt der Konzern über ein sehr breites Produktportfolio und einen sehr wettbewerbsfähigen direkten weltweiten Marktzugang. Die hohen Investitionen in den vergangenen Jahren und die lang gepflegte Unternehmenskultur geben dem Konzern trotz der herausfordernden Jahre 2023 und 2024 ein festes Fundament, um selbst bei einem nicht wachsenden Markt wieder in die Gewinnzone zurückkehren und bei einem wieder wachsenden Markt überproportional vom Wachstum partizipieren zu können. Nach Planung des Vorstands werden die Covenants im Jahr 2025 eingehalten.

3. Basler AG – Aussagen und Angaben zum Jahresabschluss der Gesellschaft

Die Basler AG mit Sitz in Ahrensburg ist das Mutterunternehmen des Basler Konzerns. Ergänzend zur Berichterstattung über den Konzern wird im Folgenden die Entwicklung der Gesellschaft im Jahr 2024 erläutert.

Der Jahresabschluss der Gesellschaft wird elektronisch an die das Unternehmensregister führende Stelle zur Einstellung in das Unternehmensregister übermittelt und ist über die Internetseite des Unternehmensregisters zugänglich und darüber hinaus auch auf der Homepage der Gesellschaft unter www.baslerweb.com verfügbar.

Konzernlagebericht

Die Gesellschaft ist eine operativ tätige Gesellschaft, welche Bildverarbeitungs-komponenten für professionelle Anwender entwickelt, produziert und vermarktet. Ihre wirtschaftliche Lage hängt auch von der Entwicklung ihrer Tochterunternehmen ab. An den operativen Ergebnissen der Tochterunternehmen partizipiert die Gesellschaft über deren Ausschüttungen und Ergebnisabführungen. Damit entspricht die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft im Grundsatz der des Konzerns, die im Kapitel »2.7 Gesamtaussage für den Basler Konzern« erläutert ist.

3.1 Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Für den Geschäftsverlauf der Gesellschaft wird auf das Kapitel »2.2 Geschäftsverlauf Basler Konzern« verwiesen. In diesem Kapitel werden die Besonderheiten der Gesellschaft hervorgehoben.

Der Umsatz der Gesellschaft stieg im Geschäftsjahr 2024 von 131,6 Mio. € auf 138,8 Mio. €. Die Gesellschaft startete mit einem normalen bis unterdurchschnittlichen Auftragsbestand in das Geschäftsjahr 2024. Die Auftrags-situation in den ersten Wochen des neuen Geschäftsjahres wies einen leicht positiven Trend auf, das absolute Auftragseingangsniveau war jedoch weiterhin schwach und lag auch unter Berücksichtigung der verschlankten Kostenstruktur durch die Restrukturierung im Geschäftsjahr 2023 lediglich im Bereich der Gewinnschwelle.

Im ersten Halbjahr bewegte sich die Gesellschaft in Bezug auf den Jahresausblick auf Plan. Entgegen den Erwartungen bei Kunden, Partnern und Lieferanten kam es in der zweiten Jahreshälfte nicht zu einer weiteren Erholung der Nachfrage. Auf diese Verschlechterung des Marktumfelds reagierte das Management umgehend mit einem weiteren Personalabbau und daraus resultierenden Einmalaufwendungen im Konzern und in der Gesellschaft. Das Ziel war es, die Gewinnschwelle des Konzerns so weit abzusenken, dass das Unternehmen selbst bei einer ausbleibenden Markterholung 2025 wieder in die Gewinnzone zurückkehren würde. Dieses Programm wurde im vierten Quartal entschlossen und plangemäß umgesetzt und hatte insbesondere personelle und kostenseitige Auswirkungen in der Gesellschaft. Durch die Kostenreduktion in der Gesellschaft und die Nachbelastung der Tochtergesellschaften aufgrund einer steuerlichen Betriebsprüfung konnte die Gesellschaft trotz sehr schwacher Marktnachfrage und der konsolidierten Konzernsituation im Geschäftsjahr 2024 ein positives Ergebnis erzielen. Insgesamt schloss die Gesellschaft das Jahr mit einem Umsatz von 138,8 Mio. € (VJ: 131,6 Mio. €) und einem Vorsteuergewinn in Höhe von 7,3 Mio. € (VJ: -11,1 Mio. €) ab. Der Nachsteuergewinn betrug 4,3 Mio. € (VJ: -11,4 Mio. €).

Konzernlagebericht

3.2 Ertragslage der Basler AG

in Mio. €	2024	2023	Veränderung in %
Umsatzerlöse	138,8	131,6	5,5
Sonst. betr. Erträge und Bestandsveränderung	10,5	4,3	> 100,0
Materialaufwand	-49,3	-55,6	11,3
Bruttoergebnis	100,0	80,3	24,5
Personalaufwand	-61,1	-72,4	15,6
Sachaufwand	-31,9	-29,1	-9,6
Erträge aus Beteiligungen	0,6	10,2	-94,1
EBIT	7,6	-11,0	> 100
Zinsergebnis	-0,3	-0,1	> -100,0
EBT	7,3	-11,1	> 100
Steuern	-3,0	-0,3	> -100
EAT	4,3	-11,4	> 100

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft stiegen um 7,2 Mio. € auf 138,8 Mio. €. Wesentliche Intercompany Umsätze wurden mit der Basler Inc., der Basler Asia Pte. Ltd. und Basler Italy s.r.l. erlöst. In den Umsatzerlösen sind Nachbelastungen an die Tochtergesellschaften in Höhe von ca. 18,8 Mio. € aus den Ergebnissen einer steuerlichen Betriebsprüfung der Jahre 2018 – 2023 enthalten. Sie resultieren aus einer nachträglichen Anpassung der Transferpreise zwischen der Gesellschaft und ihren Tochterunternehmen. Zur näheren Erläuterung des Umsatzrückgangs aus dem operativen Geschäft im Geschäftsjahr wird auf die Ausführungen zum Konzern im Abschnitt 2 dieses Berichts verwiesen. Bezugnehmend auf die wesentlichen Intercompany Geschäfte haben sich die Warenlieferungen und erbrachten Dienstleistungen der Gesellschaft mit Basler Inc. im Geschäftsjahr von 21,5 Mio. € in 2023 auf 23,8 Mio. Euro in 2024 und mit Basler Asia Pte. Ltd. (Singapore) von 39,6 Mio. in 2023 auf 35,0 Mio. € in 2024 reduziert. Die Warenlieferungen und erbrachten Dienstleistung mit Basler Italy s.r.l. betragen im Berichtsjahr 5,0 Mio. € (VJ: 3,7 Mio. €).

Der Materialaufwand reduzierte sich von 55,6 Mio. € im Vorjahr auf 49,3 Mio. €, begründet durch den Umsatzrückgang und weniger Materialbedarf für die Produktion. Die Bruttomarge (Bruttoergebnis/Umsatz) stieg gegenüber dem Vorjahr von 61,0 % auf 72,0 %. Wir verweisen hierzu ebenfalls auf die Begründung im Abschnitt 2 dieses Berichts. Zudem verzeichneten die sonstigen betrieblichen Erträge einen Anstieg auf 9,0 Mio. € (VJ: 5,3 Mio. €), welcher zum einen auf Erträge aus Währungsbewertung zurückzuführen ist sowie auf einen Anstieg der Erträge mit den verbundenen Unternehmen aus der Verrechnung von F&E-Leistungen.

Konzernlagebericht

Im Zuge des Personalabbaus sank der Personalaufwand von 72,4 Mio. € auf 61,1 Mio. €. Im Personalaufwand enthalten sind Aufwendungen für Abfindungen in Höhe von 1,4 Mio. € (VJ: 5,7 Mio. €). Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl sank von 770 auf 647 Mitarbeiter:innen und betrug zum Jahresende 633 (VJ: 683).

Die Erträge aus Beteiligungen enthalten Beteiligungserträge in Höhe von 0,5 Mio. € (VJ: 10,2 Mio. €) aus Tochterunternehmen. Diese sind im Jahr 2024 im Wesentlichen der Beteiligungen Basler Italy und Basler France zuzuordnen.

Der Sachaufwand in Höhe von 31,9 Mio. € (VJ: 29,1 Mio. €) besteht zu 6,1 Mio. € (VJ: 5,3 Mio. €) aus Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie zu 24,9 Mio. € (VJ: 23,8 Mio. €) aus sonstigem betrieblichem Aufwand. Der Anstieg im sonstigen betrieblichen Aufwand ist im Wesentlichen auf die Abfindungen aus dem Sozialplan in Höhe von 2,4 Mio. € zurückzuführen. Der Gesamtaufwand der 2024 stattgefundenen Kostensenkungsmaßnahmen betrug 5,2 Mio. €.

Der Ertragsteueraufwand für das Geschäftsjahr 2024 betrug 3,0 Mio. €, aufgrund von Steuernachbelastungen für die Wirtschaftsjahre 2018 – 2023, die ihm Rahmen der Betriebsprüfung festgestellt wurde.

Der Jahresfehlbetrag betrug im vergangenen Jahr 11,4 Mio. €, der Jahresüberschuss im Jahr 2024 betrug 4,3 Mio. €.

3.3 Finanzlage der Basler AG

Der Finanzmittelbestand der Gesellschaft, der ausschließlich aus liquiden Mitteln bestand, sank zum Geschäftsjahresende auf 9,9 Mio. € (VJ: 19,9 Mio. €). Eine ausreichende Liquidität war zu jeder Zeit sichergestellt. Zum Bilanzstichtag bestanden nicht in Anspruch genommene Kreditlinien bei den Hausbanken in Höhe von 12,9 Mio. €. Der Saldo der KfW-Darlehen betrug zum Stichtag 52,1 Mio. €.

Zwischen der Gesellschaft und ihren Tochtergesellschaften besteht eine Cash-Pooling-Beziehung. Für eine weitere Analyse der Liquiditätslage der Gesellschaft wird deshalb auf die Erläuterungen zur Finanzlage des Konzerns verwiesen.

Konzernlagebericht

3.4 Vermögenslage der Basler AG

in Mio. €	2024	2023	Veränderung in %
Immaterielle Vermögensgegenstände	9,1	11,4	-20,2
Sachanlagen	10,9	13,0	-16,2
Finanzanlagen	37,5	37,8	-0,8
Anlagevermögen	57,5	62,2	-7,6
Vorräte	30,5	32,7	-6,7
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	65,6	44,5	47,4
Finanzmittelbestand	9,9	19,9	-50,3
Umlaufvermögen	112,5	107,5	4,7
Rechnungsabgrenzungsposten	4,0	4,5	-11,1
Summe Aktiva	167,5	163,8	2,3
Eigenkapital	90,6	86,1	5,1
Rückstellungen	5,5	5,2	5,8
Verbindlichkeiten	71,4	72,5	-1,5
Summe Passiva	167,5	163,8	2,3

Die Finanzanlagen erhöhten sich durch den Erwerb der ausstehenden 74,9 % Beteiligung an der Basler France sowie durch den Erwerb eines Anteils von 25,1 % an der Roboception. Außerdem wurde das Darlehen an die Basler Asia in Höhe von 6,5 Mio. € (VJ: 10,4 Mio. €) im Einzelabschluss nach HGB von den Forderungen an verbundene Unternehmen in die Ausleihungen an verbundene Unternehmen umgliedert. Diese sind unter den Finanzanlagen in der Bilanz abgebildet. In der o.g. Vermögenslage ist die Umgliederung abgebildet. Die Umgliederung erfolgte auf Grund einer Verbesserung der Darstellung.

Die Forderungen stiegen vor allem durch die Nachbelastungen an die Tochterunternehmen aufgrund der Feststellungen der Betriebsprüfung und der damit verbundenen Anpassung der Transferpreise.

Der Finanzmittelbestand weist mit 9,9 Mio. € einen um 10,0 Mio. € geringeren Saldo gegenüber dem Vorjahr aus, was vor allem auf die Tilgung von Krediten zurückzuführen ist.

Die Verbindlichkeiten blieben mit 71,4 Mio.€ nahezu auf Vorjahresniveau. Zum größten Teil handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten i.H.v. 52,1 Mio. € (VJ: 60,0 Mio. €), welche im Vergleich zum Vorjahr um fast 8,0 Mio. € reduziert werden konnten. Bei den sonstigen Verbindlichkeiten resultiert der Anstieg aus den sonstigen Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 4,3 Mio. €, welche aus der Betriebsprüfung resultieren. Im Vorjahr betrug der Wert 1,0 Mio. € und war nicht durch eine Betriebsprüfung betroffen.

Das Bestellobligo betrug zum Stichtag 21,0 Mio. € (VJ: 13,1 Mio. €).

Konzernlagebericht

3.5 Finanzielle Leistungsindikatoren der Basler AG

Das Unternehmen wird im Wesentlichen auf Konzernebene und nicht auf Gesellschaftsebene gesteuert. Wir verweisen somit an dieser Stelle vollständig auf die Ausführungen der bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren für den Konzern.

3.6 Gesamtaussage für die Basler AG

Die schwache Marktnachfrage im Geschäftsjahr 2024 hatte einen ungünstigen Einfluss auf die Umsatzerlöse und das Vorsteuerergebnis der Gesellschaft. Die Umsatzerlöse und das Vorsteuerergebnis wurden jedoch durch Nachbelastungen der Tochtergesellschaften aufgrund einer steuerlichen Betriebsprüfung der Wirtschaftsjahre 2018 bis 2021 positiv beeinflusst, so dass das Geschäftsjahr 2024 profitabel verlief, obwohl der Konzern hohe Verluste erwirtschaftete.

Die Restrukturierung aus dem Geschäftsjahr 2023 und das Kostensenkungsprogramm aus dem Geschäftsjahr 2024 waren konzernweit angelegt. Beide Programme hatten jedoch einen maßgeblichen Einfluss auf die Kostenstruktur der Gesellschaft, die sich gemäß Gliederungspunkt 3.2 dieses Berichts deutlich reduziert hat.

Als Muttergesellschaft hat die Gesellschaft eine wichtige Finanzierungsfunktion im Konzern. In Bezug auf ihr langfristiges Fremdkapital hat die Gesellschaft mit ihren Hausbanken ein erneutes Aussetzen der Covenants vereinbart, so dass die Finanzierung der Gesellschaft und des Konzerns zu keiner Zeit gefährdet war. Nach Planung des Vorstands werden die Covenants im Jahr 2025 eingehalten.

Das Kostensenkungsprogramm im vierten Quartal 2024 senkt die Kostenstruktur im Geschäftsjahr 2025 nochmals ab. Zum Ende des Geschäftsjahres stiegen die Auftrags-eingänge und Umsätze wieder an, so dass die Gesellschaft mit steigenden Umsätzen, schlankeren Kosten und einer gesicherten Finanzierung in das neue Geschäftsjahr startet.

4. Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse, welche eine Auswirkung auf den Jahres- oder Konzernabschluss haben, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Konzernlagebericht

5. Prognosebericht des Konzerns

Nachdem der ansteigende Nachfragetrend in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres 2024 durch einen unerwartet deutlichen Rücksetzer im dritten Quartal unterbrochen wurde, zogen Konzern-Auftragseingang und Konzern-Umsatz zum Jahresende wieder an. Insbesondere in Nordamerika und China wurden größere Projekte gewonnen, die bereits zur Jahreswende einen Anstieg des Umsatzes zur Folge hatten. Europa und die übrige asiatische Region entwickelten sich im vierten Quartal stabil, jedoch nach wie vor auf einem niedrigen Niveau.

Der Konzern startete aufgrund größerer Projekte in China und USA gegenüber Vorjahr mit einem erhöhten Auftragsbestand in das Geschäftsjahr 2025. Auch die Auftragseingänge in den ersten Wochen des neuen Geschäftsjahres lagen oberhalb der Auftragseingänge zum Start des Vorjahres. Dieser positive Geschäftsverlauf machte sich deutlich im Umsatz bemerkbar und führte den Konzern zurück in die Gewinnzone. Die Einkaufsmanagerindizes der für den Konzern bedeutenden Volkswirtschaften verbesserten sich zwar zur Jahreswende, erreichten jedoch nicht die Expansionsschwelle von 50. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau prognostiziert für die europäische Robotik und Automationsbranche in 2025 einen Umsatzrückgang von ca. 10 %. Für die darin enthaltene Computer Vision Branche geht der Branchenverband aktuell von stagnierenden Umsätzen aus.

Unter Berücksichtigung des Auftragseingangsverlaufs der letzten Monate, der sich zunehmend normalisierenden Lagerbestände bei den Kunden und der aufgeführten Prognosen relevanter Fachverbände sowie direkten Rückmeldungen von Kunden erwartet das Management für das Geschäftsjahr 2025 Konzern-Umsatzerlöse innerhalb eines Korridors von 186 Mio. € bis 198 Mio. €. Unter Berücksichtigung der reduzierten Gewinnschwelle strebt der Konzern je nach Geschäftsverlauf innerhalb des Umsatzkorridors eine EBT-Marge zwischen 0 % bis 5 % an. Das erste Quartal 2025 wird aufgrund des zur Jahreswende gewonnenen Projektgeschäftes oberhalb des prognostizierten Margenkorridors zu liegen kommen. Für den weiteren Verlauf des Jahres ist die Sichtbarkeit noch sehr begrenzt, zudem erschweren geopolitische Unsicherheiten den Ausblick.

Mittelfristig ist das Management deutlich optimistischer und geht davon aus, das Unternehmen wieder auf seinen Umsatzwachstumspfad von durchschnittlich 15 % zurückzuführen. Dieser Mittelfristausblick basiert auf der Überzeugung, dass der Computer Vision Markt aufgrund zunehmender Digitalisierung, Automatisierung und neuen Anwendungsfeldern stabil wachsen wird und der Konzern aufgrund seiner starken Marktposition und der erfolgreichen Transformation zum Lösungsanbieter überproportional von diesem Wachstum profitiert. Gegenüber der bisherigen Mittelfristplanung, die ein Erreichen von ca. 300 Mio. € Konzern-Umsatz 2027 vorsah, wurde nun eine ausbleibende Markterholung in den Jahren 2024 berücksichtigt und für 2025 wird ebenfalls ein schwacher Markt antizipiert. Das Management nimmt sich fortan vor, spätestens bis 2028 einen Konzern-Umsatz von mehr als 275 Mio. € bei einer EBT-Marge von mindestens 12 % zu erreichen.

Konzernlagebericht

Die aktualisierte Mittelfristprognose geht davon aus, dass spätestens im Jahr 2026 eine Erholung in den Schlüssel-Vertikalmärkten erfolgt und trotz anhaltender geopolitischer Spannungen der Zugang zum chinesischen Markt erhalten bleibt. Neben diesen ökonomischen Zielen werden im Rahmen einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung zudem soziale sowie ökologische Ziele verfolgt. Dabei strebt das Management an, für den Konzern bis zum Jahr 2030 hinsichtlich Scope 1 und 2 Klimaneutralität zu erreichen.

Vor dem Hintergrund, dass die Gesellschaft nicht isoliert gesteuert wird und ihr Umsatz und ihre EBT-Marge nachrangig im Vergleich zum Konzern-Umsatz und zur EBT-Marge des Konzerns in die Steuerung des Unternehmens einfließen, werden diese nicht als bedeutende Leistungsindikatoren eingestuft und nicht gesondert prognostiziert.

Vor dem Hintergrund, dass die Gesellschaft in die Konzernsteuerung und -planung integriert ist, gelten die zuvor genannten Ausführungen analog für die Entwicklung der Basler AG. Die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung des Konzerns für 2025 ist daher übertragbar auf die der Basler AG.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1 Grundlagen des Risikomanagements

Die von dem Konzern verfolgte Wachstumsstrategie ist dann umsetzbar, wenn Chancen entschlossen genutzt und gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, um drohende Risiken geeignet zu minimieren.

Das Chancen- und Risikomanagementsystem des Konzerns hat zum Ziel,

- ▶ Risiken von erheblicher Bedeutung früh zu erkennen,
- ▶ Chancen und Risiken systematisch zu erfassen, zu bewerten und Transparenz im Führungskreis zu erzeugen,
- ▶ Handlungsspielräume zu schaffen, dabei jedoch nicht akzeptable Risiken zu vermeiden oder Risiken auf ein akzeptables Maß zu reduzieren,
- ▶ sich innerhalb des Führungskräfte-Teams darüber zu verständigen, in welcher Weise das Unternehmen relevante Risiken in ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit begrenzen kann und entsprechende Maßnahmen abzuleiten.

Wesentliche Bestandteile des Chancen- und Risikomanagementsystems sind die Risikostrategie, der Risikoatlas sowie die Risikomatrix. Durch den Prozess der Risikoinventur (Risikoidentifikation, -analyse und -bewertung) sollen konzernweit mögliche bestandsgefährdende Risiken frühzeitig identifiziert und Gegenmaßnahmen definiert werden.

Das konzernweit implementierte Risikomanagement identifiziert und bewertet Einzelrisiken, welche die Grundlage zur Ermittlung der Gesamtrisikosituation bilden. Das Gesamtrisiko wird durch die Aggregation der Einzelrisiken bestimmt.

Konzernlagebericht

Die Risiken werden in "Echte" und "Wachstums"-Risiken unterteilt:

- ▶ **Echtes Risiko:** Bei Risikoeintritt erfolgt ein tatsächlicher Abfluss von liquiden Mitteln und/oder einer negativen Ergebnisauswirkung.
- ▶ **Wachstums-Risiko:** Bei Risikoeintritt verlangsamt sich das Wachstum des Basler Konzerns.

Die realen Risiken werden nach den klassischen „Atlaskategorien“ abgebildet. Die Wachstumsrisiken werden nicht weiter untergliedert. Kategorien dienen der besseren Auswertung und Einstufung in das geschäftliche Umfeld.

Der Bezugszeitraum für alle Risikobewertungen ist das laufende Geschäftsjahr. Das bedeutet, dass sowohl die Auswirkungen als auch die Eintrittswahrscheinlichkeit auf ein Jahr bezogen werden.

Die Bewertung der Eintrittswahrscheinlichkeit erfolgt dabei nach folgenden Kriterien:

Eintrittswahrscheinlichkeiten		
sehr wahrscheinlich	50 – 100 %	1x in 1 - 2 Jahren
wahrscheinlich	20 – 50 %	1x in 2 - 4 Jahren
möglich	5 – 20 %	1x in 4 - 20 Jahren
unwahrscheinlich	0 – 5 %	weniger als 1x in 20 Jahren

Die Auswirkungsklassen werden jährlich auf der Basis des Eigenkapitals des Konzernabschlusses berechnet und im System hinterlegt. Für 2024 ergeben sich folgende Auswirkungsklassen:

Auswirkungsklassen (in Mio. €)	
katastrophal	35,4 – 70,8
kritisch	17,7 – 35,4
spürbar	8,85 – 17,7
gering	0 – 8,85

Mit der Eintrittswahrscheinlichkeit wird eine Aussage darüber getroffen, ob bzw. wann ein Ereignis innerhalb des Betrachtungszeitraums eintreten kann. Demgegenüber beschreibt die Auswirkung das Ausmaß der negativen Zielbeeinflussung, für den Fall, dass das Ereignis tatsächlich eintritt. Durch die Bestimmung der Wahrscheinlichkeits- und Auswirkungsgrenzen erfolgt eine Einteilung der Risiken nach Ampelfunktionen in rote, gelbe und grüne Bereiche. Von dieser Einteilung wird ein grundsätzlicher Handlungsbedarf als auch die Berichtserstattung an die Unternehmensführung abgeleitet. Der Vorstand und der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates werden regelmäßig über Risiken, im gelben und roten Bereich der Risikomatrix, unterrichtet. Diese Risiken sind als wesentlich anzusehen. Für die roten Risiken müssen zwingend auch Bewältigungsmaßnahmen definiert oder ein Hinweis auf ein akzeptiertes Risiko gegeben werden.

Konzernlagebericht

Der Risikomanagementprozess einschließlich der Risiko- und Chancenmatrix ist wie der gesamte Prozess in der Software R2C (GRC) abgebildet. Die Risikobewältigung ist abhängig von der Risikostrategie und der Risikobewertung. Grundsätzlich können Risiken vermieden, reduziert, verlagert und / oder selbst getragen werden. Die jeweiligen Maßnahmen werden unter Abwägung der Kosten- / Nutzensgesichtspunkte differenziert angewendet. Die Darstellung der Risiken und Chancen erfolgt nach der Nettobetrachtung.

Die Einzelrisiken und ihr bewertetes Schadenmaß werden danach durch ein zentrales Risikomanagement aggregiert und die Summe der aggregierten Risiken wird der definierten Risikodeckungsmasse (verfügbares Kapital zur Risikoabdeckung) gegenübergestellt.

Nach der Risikoinventur wird die Risikotragfähigkeit ausgewertet, in dem die Summe der Erwartungswerte aller Risiken (Echte und Wachstumsrisiken) zum einen mit der Konzern-Liquidität und zum anderen mit dem Konzern-Eigenkapital des letzten verfügbaren Monatsabschlusses oder sofern vorhandenen ein aktuelles Budget für das Folgejahr in ein Verhältnis gesetzt werden.

Flankiert wird das Risikomanagementsystem durch das interne Kontrollsystem (IKS), das Risikofrüherkennungssystem, die interne Revision und das Compliance Management. Außerdem ist ein Qualitätsmanagementsystem implementiert, welches jährlich einem externen Audit im Rahmen der DIN EN ISO 9001:2015 unterzogen wird.

Im Geschäftsjahr 2024 wird die Risikotragfähigkeit des Konzerns auf Basis des Eigenkapitals mit rund 71 Mio. € beziffert. Im Zuge der Risikoinventur im Herbst wurde der kumulierte Erwartungswert der echten Risiken mit einer Summe von 22,8 Mio. € mit dem Konzern-Eigenkapital zum 30.09.2024 i.H.v. 132 Mio. € sowie mit der Konzern-Liquidität zum 30.09.2024 i.H.v. 23,9 Mio. € ins Verhältnis gesetzt. Es wurde festgestellt, dass die Risikotragfähigkeit des Konzerns nicht überschritten wurde. Zum Stichtag 31.12.2024 sind keine signifikanten Änderungen zu verzeichnen.

Der kumulierte Erwartungswert der zehn größten Risiken (ohne Wachstumsrisiken) betrug 16,7 Mio. €.

Zusammenfassend werden die Risikokategorien wie folgt bewertet. Die Grundlage für diese Bewertung bilden die Mittelwerte der potenziellen finanziellen Auswirkung sowie der Eintrittswahrscheinlichkeiten der jeweiligen Risikoarten:

Risikoart	Potenzielle finanzielle Auswirkung	Eintrittswahrscheinlichkeit
Interne Organisation	gering	möglich
Finanzen	gering	wahrscheinlich
Beschaffungsmarkt	gering	möglich
Absatzmarkt und Wettbewerb	gering	möglich
Politische und rechtliche Risiken	gering	möglich
Operationale Risiken	gering	wahrscheinlich

Konzernlagebericht

Im Vergleich zum Vorjahr hat die potenzielle finanzielle Auswirkung bei Risiken im Absatzmarkt und Wettbewerb abgenommen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit finanzieller Risiken sowie operationeller Risiken wird wahrscheinlicher eingeschätzt als im Vorjahr, wohingegen Risiken im Beschaffungs- sowie Absatzmarkt und Wettbewerb mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit bewertet werden als im Vorjahr. Die identifizierten und bewerteten Risiken bezüglich finanzieller Auswirkungen und Eintrittswahrscheinlichkeit haben weder einzeln noch in Summe eine Bestandsgefährdung für den Konzern. Diese Veränderungen zum Vorjahr sind auf eine veränderte Methodik der Mittelwertermittlung zurückzuführen. Insgesamt verbleiben die Risiken im Vergleich zum Vorjahr ohne wesentliche inhaltliche Änderungen. Nachfolgend werden die wesentlichen Risiken und Chancen dieser Kategorien näher erläutert.

6.2 Interne Organisation

Gegenstand dieser Kategorie ist das Geschäftsmodell, die Aufbau- und Ablauforganisation, die IT-Infrastruktur und das Personal.

Das Unternehmen ist im Wesentlichen funktional mit divisionalen Elementen und überlagerten Projektorganisationen strukturiert. Die Unternehmung ist bestrebt, durch flache Hierarchien und kurze Entscheidungswege den Austausch der Mitarbeitenden untereinander selbst bei zunehmendem Wachstum zu erhalten. Im Rahmen eines ganzheitlichen Lean-Management-Ansatzes ist das Unternehmen anhand von wesentlichen Wertströmen ausgerichtet und arbeitet kontinuierlich daran, diese in ihrer Effizienz zu steigern.

Darüber hinaus gibt es Strategie- und Planungsprozesse, die das Herunterbrechen der Unternehmensstrategie sicherstellt.

Als Technologieunternehmen ist der Konzern in einem hohen Maße vom Know-how und dem Engagement seiner Beschäftigten abhängig. Es wird kontinuierlich daran gearbeitet, innovationsfördernde Strukturen, Abläufe, Verhaltensweisen und Kultur-elemente trotz zunehmender Unternehmensgröße weiterzuentwickeln. Es wird eine Organisation angestrebt, die in der Lage ist, das Bestandsgeschäft weiter zu optimieren und sich gleichzeitig agil und innovativ in neue Technologie- und Marktfelder zu begeben.

Durch die Kostensenkungsprogramme in 2023 und 2024 wurde die Organisation stark belastet. Nach den Belastungen durch starkes Wachstum in den Jahren 2021 und 2022 mussten das Management und die Organisation sehr schnell und kraftvoll auf die Umsatzrückgänge in 2023 und 2024 reagieren. Es folgte der Abbau von rund 300 Vollstellenäquivalenten in zwei Wellen. Bei der Bewältigung dieser Krise kam bzw. kommt es darauf an, Risiken und Chancen wirksam zu managen, den richtigen Arbeitspunkt in Bezug auf die Organisationsgröße in sehr dynamischen Märkten zu treffen, die Menschen emotional durch die Veränderung zu führen und die Chance zu ergreifen, Verbesserungspotenziale aufzudecken und zu realisieren. Trotz der signifikanten Personalreduktion kam es nur begrenzt zum Verlust von Schlüsselpersonen.

Die IT-Infrastruktur des Unternehmens wird kontinuierlich erweitert und verbessert, um ihre Sicherheit und die Effizienz des Unternehmens zu steigern. Regelmäßige

Konzernlagebericht

Penetration-Tests und Analysen gehören zum Sicherheitskonzept. Um vorhandene Restrisiken weiter zu begrenzen, hat die Gesellschaft darüber hinaus eine Cyber-Versicherungspolice abgeschlossen. Im Geschäftsjahr 2021 wurde die Gesellschaft erstmals Opfer einer breit angelegten Cyber-Attacke. Resultierend aus dieser Erfahrung wurde das bereits vorhandene hohe Sicherheitsniveau nochmals deutlich gestärkt. Die IT-Systeme des Konzerns sind nach der Cyber-Attacke deutlich resilienter, es findet ein 24/7-Monitoring durch externe Cyber-Experten statt und alle Mitarbeitenden sind erheblich höher gegenüber Cyber-Risiken sensibilisiert.

6.3 Finanzen

Die Steuerung der Liquidität erfolgt in Zusammenarbeit von Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, Vertrieb und Strategischem Einkauf. Basierend auf der Vierjahresplanung und dem Budget für das laufende Geschäftsjahr erfolgt eine Liquiditätsplanung, welche regelmäßig aktualisiert wird und Bestandteil der monatlichen Berichterstattung ist.

Darüber hinaus mussten 2024 Finanzierungs- und Liquiditätsrisiken gemanagt werden. Aufgrund der starken Umsatzrückgänge wurde die Frequenz des Liquiditätsmanagements in den Geschäftsjahren 2023/24 auf einen wöchentlichen Rhythmus umgestellt und eine enge Einbindung der Geschäftsbanken gewählt. Aufgrund der hohen Verluste kam es trotz ausreichendem Bestand an liquiden Mitteln zu Covenant-Risiken, die frühzeitig mit den betroffenen Banken besprochen und konstruktiv gelöst wurden. Die Covenants wurden für den Bilanzstichtag 31.12.2024 erneut ausgesetzt. Nach Planung des Vorstands werden die Covenants im Jahr 2025 eingehalten.

6.4 Beschaffungsmarkt

In den vergangenen Jahren hat die Volatilität auf den Absatz- und den Beschaffungsmärkten stark zugenommen. Diese Dynamik führt zu einem erhöhten Risiko, Marktnachfrageveränderungen nicht rechtzeitig zu identifizieren und das Beschaffungsverhalten adäquat anzupassen. In der Folge kann es zu Lieferengpässen oder erhöhten Lagerbeständen kommen.

Grundsätzlich besteht das Risiko einer Abhängigkeit von Zulieferern technologischer Komponenten. Auf der Seite der Zulieferer wird das Risiko durch den Aufbau stabiler langfristiger Geschäftsbeziehungen, regelmäßiger Lieferantenaudits und einer laufenden Beobachtung der Beschaffungsmärkte reduziert. Soweit technisch möglich und ökonomisch sinnvoll, wird eine Second Source aufgebaut. Weiterhin sind Prozesse und Systeme implementiert, um die kurzfristige Verfügbarkeit und Liefertermintreue von Zukaufkomponenten sicherzustellen. Die Situation auf dem Beschaffungsmarkt für Halbleiter- und Elektronikkomponenten hat sich mittlerweile entspannt und ist von einer Unterversorgungs- in eine Überversorgungssituation umgeschlagen. Hohe Bestellobligos aus der Chipkrise, in der mit bis zu 18 Monaten Vorlauf bestellt werden musste, führten zu einem signifikanten Anwachsen der Rohmateriallagerbestände und zu einer hohen Kapitalbindung sowie Reichweitenabschlägen. Mittelfristig besteht weiterhin das Risiko, dass es bei einem stärkeren Anstieg der Nachfrage erneut zu Lieferengpässen bei Halbleitern kommt. Die Risiken werden zudem durch die handelspolitischen Spannungen zwischen den USA und China sowie den weiteren geopolitischen Risiken verstärkt.

Konzernlagebericht

Diesen Risiken wird durch einen intensiven Kontakt zu Lieferanten, lange Bestellhorizonte sowie durch höhere Lagerbestände begegnet. Zudem wird kontinuierlich an der Verbesserung des S&OP-Prozesses gearbeitet, um Angebot und Nachfrage best-möglich in Deckung zu bringen. Darüber hinaus dämpfen getrennte Produktionswerke und Wertschöpfungsketten in Ahrensburg und Singapur das Risiko strukturell.

6.5 Absatzmarkt und Wettbewerb

Die Wettbewerbsintensität auf dem Markt für Bildverarbeitungskomponenten beschleunigte sich 2024 aufgrund der andauernden Nachfrageschwäche. Die Folge waren fortschreitende Konsolidierung der Anbieterlandschaft und (vor allem auf den asiatischen Märkten) ein intensiver preislicher Wettbewerb.

Dem Risiko der Marktpreis- und Margenerosion wird mit innovativen Produkten und Lösungen begegnet. Ein schlankes Produktdesign, die Nutzung von Plattformarchitekturen ebenso wie Lean Manufacturing sind wesentliche Erfolgsfaktoren für die Wettbewerbsfähigkeit und die Differenzierungskraft des Unternehmens. Zunehmend ergeben sich auch durch die Positionierung als Vollsortimenter bessere Möglichkeiten zur Differenzierung durch gut aufeinander abgestimmte Einzelkomponenten, ein einheitliches Software Development Kit und zusätzliche Beratungsleistung. Der durch M&A Transaktionen forcierte direkte Marktzugang in den bedeutenden Absatzregionen (USA, China, Deutschland, Korea, Taiwan, Italien und Frankreich) führt zudem zu relativen Wettbewerbsvorteilen.

Es besteht zudem das Risiko, dass die makroökonomischen und geopolitischen Rahmenbedingungen zu einer Fortsetzung der Marktschwäche führen. Bei anhaltender Marktschwäche über das gesamte Geschäftsjahr hinweg würde der Umsatz des Konzerns höchstwahrscheinlich erneut unterhalb von 200 Mio. € liegen. Geopolitische Markteintrittsbarrieren in China und den USA könnten sich darüber hinaus stark auf den Umsatz und die Rohertragsmarge des Konzerns auswirken, da in diesen beiden Regionen ca. 40 % der Umsatzerlöse erwirtschaftet werden. Zur Minderung dieser Risiken hat der Konzern die Gewinnschwelle auf ca. 180 Mio. € abgesenkt und baut weiter sukzessive seinen Produktionsstandort in Singapur aus, um von etwaigen Freihandelsabkommen zu profitieren. Investitionen zur Wertschöpfungsvertiefung in China wurden aufgrund der geopolitischen Spannungen bis auf Weiteres gestoppt.

Aufgrund der geopolitischen Unsicherheiten, hoher Zinsen und hoher Inflationsraten besteht kurz- bis mittelfristig ein erhöhtes Risiko einer anhaltenden Marktschwäche von Investitionsgütern und damit für Bildverarbeitungskomponenten. Mittel- und langfristig ist jedoch davon auszugehen, dass sich der Computer Vision Markt, getrieben durch eine zunehmende Automatisierung und durch neue Anwendungsfelder, positiv entwickeln wird. Die von Verbänden und Marktforschungsinstituten abgegebenen Prognosen gehen von einem nachhaltigen Wachstum im einstelligen Prozentbereich bei Anwendungen in der industriellen Massenproduktion und von zweistelligem prozentualem Wachstum in neueren Anwendungsfeldern, wie z. B. der Logistik oder der Medizintechnik, aus. Da der Konzern kontinuierlich sein Produktportfolio erweitert und die Diversifizierung in neue Anwendungsmöglichkeiten vorantreibt, wird das Geschäftsmodell als skalierbar und zukunftssicher eingestuft.

Konzernlagebericht

6.6 Politische und rechtliche Risiken und Chancen

Das Risiko, dass sich politische Ereignisse wesentlich auf das Geschäft auswirken, ist aufgrund der regionalen Diversifizierung in über fast 60 Ländern, wovon über 20 Länder zur OECD gehören, überschaubar. Die kriegerische Eskalation in der Ukraine hatte eine begrenzte direkte wirtschaftliche Auswirkung durch rückläufige Umsätze mit Kunden aus Russland. Die Geschäfte mit russischen Kunden wurden unmittelbar nach Ausbruch des Krieges eingestellt, die offenen Bestellungen wurden ausgebucht. Als wesentlicher Zweitreiheneffekt traf den Konzern der Anstieg der Energiepreise an den deutschen Standorten und die damit einhergehende Lohninflation. Der unsicheren Gasversorgung in Deutschland begegnete das Management mit einem Notfallversorgungsplan für die Produktion und Logistik, der bisher nicht aktiviert werden musste. Die Risiken aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung in Israel haben auf der Liefer- und Absatzseite bisher keine spürbaren Auswirkungen gehabt. Potenziell wäre ein Umsatz in Höhe von ca. 2 Mio. € betroffen und es bestehen Lieferrisiken bei einigen Halbleiterkomponenten, die in Israel produziert werden. Die Risiken aus dem Handelskonflikt zwischen den USA und China sind aufgrund der Größe dieser Absatz- sowie Beschaffungsmärkte und dem Zugang zu Schlüsseltechnologien am größten. Handelsbeschränkungen und erhöhte Zolltarife könnten Kunden langfristig zu einem Wechsel zu lokalen Lieferanten, sofern vorhanden, motivieren bzw. zwingen. Im Rahmen des Regierungswechsels in den USA wurde dieses Risiko separat als Adhoc-Risiko im Geschäftsjahr 2024 bewertet und mögliche Maßnahmen des Konzerns auf Zölle für Importe europäischer Waren in Amerika werden herausgearbeitet, um die Auswirkung gering zu halten.

Der Konzern verfügt mit einem zweiten Produktionsstandort in Singapur sowie eigenen Vermarktungsorganisationen in China und in den USA über Strukturen, welche die Auswirkungen möglicher Handelsrisiken begrenzen.

Der Gefahr rechtlicher Risiken wird durch entsprechende Versicherungen vorgebeugt. Die Rechtsabteilung wird in Vertragsverhandlungen sowie in Change-Prozesse eingebunden. Zusätzlich werden in schwierigen Fällen externe Spezialisten auf dem Gebiet der Rechts- und Steuerberatung hinzugezogen. Im Rahmen des Compliance Managements und regelmäßiger Schulungen für kritische Abteilungen sowie im Zuge schützenswerter Informationen wird sich kontinuierlich mit dem Thema potenzieller Geschäftsschädigung durch eigene Mitarbeitende beschäftigt. Zudem wird durch die intensive Pflege der Unternehmens- und Führungskultur ethisches und rechtskonformes Verhalten sowie Offenheit in der Kommunikation gefördert.

Weiterhin besteht das Risiko von Patentverletzungen. Dem begegnet der Konzern durch ein mehrstufiges Prüfungsverfahren im Produktentstehungsprozess. Die Prüfung erfolgt durch die Rechtsabteilung in Zusammenarbeit mit versierten Mitarbeiter:innen der Entwicklungsabteilung und externen Anwaltskanzleien.

Der Aufbau und die Pflege der Marke Basler sind unabdingbare Bestandteile der Wettbewerbsfähigkeit und werden entsprechend rechtlich geschützt. Der Name und das Logo von Basler sowie wesentliche Produktnamen sind eingetragene und geschützte Marken.

Konzernlagebericht

6.7 Operationale Risiken und Chancen

Ein weiterer wesentlicher Erfolgsfaktor ist eine zeit- sowie zielgerechte Produktentstehung. Die implementierten Prozesse und Planungsinstrumente in der Produktentstehung werden laufend überprüft und den Bedürfnissen entsprechend angepasst, sodass Entwicklungsprozesse im Rahmen üblicher Abweichungen termin- und budgetgetreu abgeschlossen werden können. Im Bereich 3D ToF, Embedded Vision und KI-Bildverarbeitung ist der Konzern derzeit einer der Pioniere und arbeitet im technologischen Grenzbereich, insofern sind diese Entwicklungen mit erhöhten Technologie- und Marktrisiken verbunden. Gleichzeitig besteht die Chance, dass neue Patente aus diesem Prozess als Resultat entstehen können.

Im Design-In Geschäft ist die kontinuierliche Entwicklung und das Gewinnen von Kundenprojekten eine wesentliche Voraussetzung für eine langfristig positive Umsatzentwicklung. Auch im Jahr 2024 wurde die Projekte-Pipeline weiterentwickelt, um das angestrebte langfristige Wachstum von rund 15 % pro Jahr zu unterstützen.

Die Produktion entspricht durch die ISO-Zertifizierung und den Lean Management-Ansatz modernen Standards und ist organisatorisch darauf ausgerichtet, Schwankungen im Auftragseingang zu bewältigen sowie eine angemessene Kapazitätsauslastung von Beschäftigten und Maschinen umsetzen zu können. Mittelfristig ist der Konzern mit dem aktuellen Produktionsequipment kapazitiv sehr gut auf eine steigende Nachfrage vorbereitet. Aufgrund historischer Erfahrungen, Intransparenz und hoher Volatilität, insbesondere in den asiatischen Märkten, nimmt das Management zur

Sicherstellung der Lieferfähigkeit bewusst überschaubare Leerkosten in der Produktion in Kauf.

Das vergleichsweise personalintensive Geschäftsmodell des Konzerns wird durch inflationsbedingte Gehaltsanpassungen beeinflusst und erfordert in den kommenden Jahren, über die durchgeführten Restrukturierungsmaßnahmen hinaus, deutliche Produktivitätssteigerungen. Kurzfristig besteht durch die Kombination aus temporärer Nachfrageschwäche und inflationsbedingter Lohnsteigerung ein erhöhter Druck auf die EBT-Marge des Konzerns.

6.8 Gesamtaussage und Ausblick

Als Hersteller von Computer Vision Lösungen für die Investitionsgüterindustrie schätzt der Vorstand das unternehmensstrategische Risiko unverändert als gering und die Chancen als hoch ein.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde neben der jährlichen Chancen- und Risikoinventur eine Halbjahres-Inventur eingeführt, in welcher die in der Vorperiode identifizierten, wesentlichen Chancen und Risiken sowie ihre Maßnahmen zum Halbjahr betrachtet wurden. Zusätzlich wird bei Bedarf das Risikomanagement aktiviert und neu auftauchende wesentliche Risiken werden ad hoc bewertet und wenn notwendig die Risiko-tragfähigkeit erneut überprüft.

Konzernlagebericht

Für 2025 werden die wesentlichen Risiken und Chancen mit einer ähnlichen Auswirkung und Wahrscheinlichkeit prognostiziert. Der Fokus wird weiterhin auf den vorgestellten geopolitischen Risiken liegen.

7. Corporate Governance System (ungeprüft)

Der Vorstand der Gesellschaft trägt die Gesamtverantwortung für das interne Kontrollsystem der Gesellschaft („IKS“). Er ist verantwortlich für die Erstellung und die Richtigkeit des Konzernjahresabschlusses sowie den Lagebericht. Diese werden durch die Einbindung der internen Kontrollsysteme, insbesondere hinsichtlich des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns und das konzernweite Risikomanagement- und Qualitätsmanagement-System, sichergestellt.

Das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess hat zum Ziel, die Angemessenheit und Wirksamkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung sicherzustellen. Es ist in Anlehnung an das international anerkannte Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission (COSO Internal Control – Integrated Framework) konzipiert, wird kontinuierlich weiterentwickelt und ist integraler Bestandteil der Rechnungslegungs- und Finanzberichterstattungsprozesse im Konzern. Das Kontrollsystem beinhaltet Grundsätze, Verfahren sowie präventive und aufdeckende Kontrollen.

Das IKS umfasst Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen, um die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftstätigkeit, die Sicherung der Ordnungsgemäßheit der Rechnungslegung sowie Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen Gesetze und

Regularien sicherzustellen. Das IKS hat weiterhin zum Ziel, die Zuverlässigkeit von betrieblichen Informationen und die Abwendung von finanziellen Schäden sicherzustellen.

Das IKS beinhaltet alle wesentlichen Geschäftsprozesse und umfasst auch Kontrollen über den Rechnungslegungsprozess hinaus. Es wird kontinuierlich weiterentwickelt. Es sieht prozessintegrierte und prozessunabhängige Überwachungsmaßnahmen vor. Zu diesen Maßnahmen zählen automatisierte und manuelle Kontrollen, beispielsweise durch:

- ▶ die Funktionstrennung von Ausführungs- und Genehmigungsfunktionen innerhalb eines Unternehmensprozesses,
- ▶ die Beachtung des Vier-Augen-Prinzips,
- ▶ Zugangskontrollen,
- ▶ Schutz der IT-Systeme vor unberechtigtem Zugriff, IT-Berechtigungskonzepte und Workflows sowie
- ▶ nachgelagerte Kontrollen durch die Risikoverantwortlichen.

Unterstützt werden sie durch das zentrale SAP-System bzw. in Korea und Italien durch lokale ERP-Systeme mit einem dezidierten Berechtigungskonzept, in dem alle Einzelabschlüsse des Konzerns nach konzerneinheitlichen Regeln erstellt werden.

Konzernlagebericht

Soweit einbezogene Gesellschaften nach anderen Rechnungslegungsstandards und mit anderen ERP-Systemen Einzelabschlüsse erstellen, gelten die konzerneinheitlichen Regelungen für die Handelsbilanz II (IFRS Accounting Standards), welche zentral im Konzernrechnungswesen bearbeitet werden. Im zentralen SAP-System sind die Bilanzierungsgrundsätze sowie Kontrollen zur Überwachung der Prozess- und Datenqualität für eine automatisierte Abschlusserstellung hinterlegt.

Die Abschlussprozesse sind überwiegend automatisiert und werden durch geeignete EDV-gestützte Workflows gesteuert. Sowohl unterstützt durch Stichprobenprüfungen, plausibilisierende und manuelle Kontrollen als auch durch die eingesetzte Software, wird die Vollständigkeit und Richtigkeit von Daten der Rechnungslegung regelmäßig überprüft.

In der Beschaffung gibt es eine Freigabestrategie gemäß dem Vier-Augen-Prinzip, die berechtigungsseitig in SAP umgesetzt und in der Unterschriftenrichtlinie beschrieben ist. Die Unterschriftenrichtlinie regelt detailliert die erforderlichen Unterschriften oder Freigaben in Abhängigkeit von Vertragsart, Art der zu beschaffenden Leistung, Höhe des Vertragsvolumens und geht in einigen Fällen über das Vier-Augen-Prinzip hinaus.

Im Vertrieb werden vor dem Erstellen von Angeboten diverse Risiken überprüft wie die Kreditwürdigkeit oder Embargobestimmungen. Auch hier gibt es eine detaillierte Unterschriftenrichtlinie, welche ein Vier-Augen-Prinzip vorsieht und nach Kriterien wie Vertragsart, Vertragsgegenstand oder Höhe des Vertragsvolumens gestaffelt die Freigaben der entsprechenden Hierarchie- und Verantwortungsebenen festlegt.

Im Sinne des „Three Lines of Defense Modells“ sollen Risiken durch eine Verbindung von IKS, RMS und Compliance-Management-System (CMS) möglichst effektiv gesteuert werden. Dies wird durch das regelmäßig stattfindende Gremium „Quality Circle“, besetzt aus QMB, CMS, Sustainability und RMS, sichergestellt und fortlaufend weiterentwickelt.

Interne Audits der Geschäftsprozesse überprüfen regelmäßig die Einhaltung dieser und weiterer Vorgaben und sorgen im Rahmen eines Abweichungsmanagements für Korrekturen.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat, hier insbesondere der Prüfungsausschuss, sind in die Prüfung der Corporate Governance Systeme, bestehen aus IKS, RMS, CMS und IRS, eingebunden. Die implementierten Corporate Governance Systeme werden regelmäßig hinsichtlich ihrer Angemessenheit und Wirksamkeit von Vorstand und Prüfungsausschuss bzw. Aufsichtsrat beurteilt. Der Vorstand überwacht und überprüft die Managementsysteme durch eine interne Überwachung oder externe Instanzen regelmäßig. Hierzu zählen auch wesentliche Fragen der Rechnungslegung sowie Prüfungsaufträge und Prüfungsschwerpunkte an Abschlussprüfer. Vorstand und Prüfungsausschuss lassen sich regelmäßig über den Status und die Prüfergebnisse berichten und überprüfen die Angemessenheit und Wirksamkeit.

Konzernlagebericht

Jedes Handeln - auf allen Hierarchiestufen, konzernweit, intern und extern - muss auf einem klaren Verständnis der rechtlichen Vorschriften, der unternehmensinternen Vorschriften und gemeinsamen Wertvorstellungen beruhen. Der Basler Code of Conduct definiert daher Regeln dafür, wie die vorstehend genannten Grundsätze bei der täglichen Arbeit in allen Gesellschaften des Konzerns weltweit umzusetzen sind. Alle Organe, Führungskräfte und Mitarbeitende des Konzerns sind verpflichtet, den Basler Code of Conduct und sämtliche Gesetze und Unternehmensrichtlinien einzuhalten. Einem angemessenen und wirksamen Compliance Management System kommt daher für den Konzern große Bedeutung zu. Das Compliance Management System im Konzern ist dezentral organisiert, um eine Betreuung sicherzustellen, die die notwendigen fachlichen Kompetenzen aufweist. Die Einhaltung der Regularien und Gesetze wird weltweit vom Compliance-Team der Gesellschaft überwacht. Eine Compliance Managerin ist benannt, die u.a. die Themen bündelt und einen Gesamtüberblick hält.

Mitarbeitende sind verpflichtet, sich in Zweifelsfällen kompetenten Rat durch das Compliance-Team sowie Führungskräfte und Fachabteilungen einzuholen. Der Konzern bietet seinen Mitarbeitenden und Dritten über sein Hinweisgebersystem mit verschiedenen Meldekanälen die Möglichkeit zur Abgabe von Hinweisen auf Verstöße. Auch Verstöße von Geschäftspartnern können Beeinträchtigungen zur Folge haben. Zur Vermeidung von Compliance-Verstößen unserer Geschäftspartner sind daher entsprechende Regelungen Bestandteile von Onboarding-Prozessen, vertraglichen Regelungen sowie Überprüfungen.

Dem Vorstand sind keine Informationen bekannt geworden, die auf eine gesamtheitliche Nichtangemessenheit und Nichtwirksamkeit der Governance Systeme hinweisen. Dessen ungeachtet gibt es Beschränkungen der Wirksamkeit eines jeden Risikomanagement- und Kontrollsystems. Kein System, auch wenn es als angemessen und wirksam beurteilt wurde, kann garantieren, alle tatsächlich eintretenden Risiken vorab aufzudecken oder jedwede Prozessverstöße unter allen Umständen auszuschließen.

7.1 Erklärung zur Unternehmensführung für Konzern und Basler Aktiengesellschaft gemäß § 289f und § 315d HGB

Die Konzernklärung zur Unternehmensführung, Entsprechungserklärung zum Corporate Governance Kodex, Erläuterungen zu Unternehmensführungspraktiken sowie eine Beschreibung der Arbeitsweise von Vorstand und Aufsichtsrat finden Sie auf der Internetseite (www.baslerweb.com/Investoren) unter dem Punkt Investoren - Corporate Governance).

Der Deutsche Corporate Governance Kodex („DCGK“) sieht Angaben zu dem internen Kontroll- und Risikomanagementsystem vor, die über die gesetzlichen Anforderungen an den Zusammengefassten Lagebericht hinausgehen und somit von der inhaltlichen Prüfung des Konzernlageberichts durch den Abschlussprüfer ausgenommen sind. Diese sind thematisch der Erklärung zur Unternehmensführung zugeordnet.

Konzernlagebericht

8. Risikoberichterstattung in Bezug auf die Verwendung von Finanzinstrumenten

Aufgrund des hohen Exportanteils des Konzerns erfolgt ein großer Teil der Zahlungsströme in Fremdwährung. Aus Umsatzerlösen abzüglich Materialeinkäufen und sonstiger Aufwendungen in jeweiliger Fremdwährung entstanden insbesondere Nettozuflüsse in CNY, USD, JPY und KRW. Grundsätzlich werden überschüssige Fremdwährungsguthaben in EUR getauscht. Zudem werden mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Zukunft entstehende Fremdwährungsüberschüsse über Devisentermingeschäfte abgesichert, deren Laufzeit in der Regel zwölf Monate nicht übersteigt. Dadurch sollen Währungsrisiken aus Wechselkursschwankungen minimiert werden.

Derivative Geschäfte werden nicht zu spekulativen Zwecken eingesetzt, sondern dienen lediglich der Minimierung der Fremdwährungsrisiken. Zum Bilanzstichtag bestanden keine derivativen Geschäfte in Fremdwährungen.

Der Konzern schließt derivative Geschäfte ausschließlich mit seinen Hausbanken ab. Das Risiko eines Ausfalls der Kontrahenten sieht der Vorstand als sehr gering an.

9. Ergänzende Angaben nach § 289a, 315a HGB

Im Jahr 2024 gehörten dem Vorstand folgende Personen an:

- ▶ Dr. Dietmar Ley, Vorstandsvorsitzender (CEO): zuständig für Forschung und Entwicklung, das Produktgeschäft, die Beachtung des Vier-Augen-Prinzips,
- ▶ Hardy Mehl, Chief Financial Officer (CFO), Chief Operations Officer (COO) sowie stellvertretender CEO: zuständig für Operations, Investor Relations und Personal und Organisationsentwicklung,
- ▶ Alexander Temme, Vorstand Vertrieb (CCO): zuständig für Produktdistribution (Vertrieb, Kommunikation, Service, Marketing), die digitale Customer Journey sowie die Tochtergesellschaften des Konzerns weltweit

Alexander Temme ist zum 31.12.2024 ausgeschieden.

Ines Brückel ist ab dem 01.01.2025 als Chief Financial Officer (CFO) in den Konzern eingetreten.

Die Satzung der Gesellschaft sieht für die Ernennung und Abberufung von Vorständen folgende Regelung vor:

Konzernlagebericht

„Die Bestellung der Mitglieder des Vorstands, der Widerruf ihrer Bestellung sowie der Abschluss, die Änderung und die Beendigung von Dienstverträgen mit den Mitgliedern des Vorstands erfolgen durch den Aufsichtsrat. Dasselbe gilt für die Bestellung eines Vorstandsmitglieds zum Vorsitzenden und weiterer Mitglieder des Vorstands zu stellvertretenden Vorsitzenden.“

Die Satzung der Gesellschaft kann nur durch die Hauptversammlung und dort nur mit drei Viertel des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals geändert werden.

Das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von 31,5 Mio. € ist eingeteilt in 31,5 Mio. nennwertlose Stückaktien, die auf den Inhaber lauten.

Die Norbert Basler Holding GmbH, die wiederum zu 100 % von der Basler-Beteiligungs-GmbH & Co. KG gehalten wird, hält per 31.12.2024 16.590.456 Aktien und somit 52,67 % der Stimmrechte an der Gesellschaft.

Die Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Ausgabe oder und des Rückkaufs eigener Aktien sind in der Satzung wie folgt geregelt:

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 22. Mai 2027 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu Euro 15.750.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von insgesamt bis zu 15.750.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2022). Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht zu.

Die neuen Aktien können auch von einem oder mehreren Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten.

Der Vorstand ist ermächtigt, das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ein- oder mehrmalig auszuschließen:

a) soweit es erforderlich ist, um etwaige Spitzenbeträge von dem Bezugsrecht der Aktionäre auszunehmen;

b) soweit es erforderlich ist, um den Inhabern von Options- oder Wandlungsrechten bzw. -pflichten aus Options- oder Wandelschuldverschreibungen ein Bezugsrecht auf neue Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- bzw. Wandlungsrechts oder der Erfüllung der Wandlungspflicht als Aktionär zustünde;

c) soweit die neuen Aktien gegen Bareinlagen ausgegeben werden und der auf die neu auszugebenden Aktien insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals den Betrag von insgesamt € 3.150.000,00 oder, sollte dieser Betrag niedriger sein, von insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens und zum Zeitpunkt der erstmaligen Ausübung dieser Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss (der „Höchstbetrag“) bestehenden Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft gleicher Ausstattung zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet;

Konzernlagebericht

d) soweit die neuen Aktien gegen Sacheinlage, insbesondere in Form von Unternehmen, Teilen von Unternehmen, Beteiligungen an Unternehmen, Lizenzrechten oder Forderungen ausgegeben werden.

Auf den Höchstbetrag gemäß vorstehend Buchstabe c) ist das auf diejenigen Aktien entfallende Grundkapital anzurechnen, welche zur Bedienung von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen ausgegeben werden oder auszugeben sind, die nach dem 23. Mai 2022 in entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben werden, oder die nach dem 23. Mai 2022 in entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG veräußert werden.

Eine erfolgte Anrechnung entfällt, soweit Ermächtigungen zur Ausgabe von Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen gemäß § 221 Abs. 4 Satz 2 i.V.m. § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG oder zur Veräußerung von eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8, § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG nach einer Ausübung solcher Ermächtigungen, die zur Anrechnung geführt haben, von der Hauptversammlung erneut erteilt werden.

Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Aktienaussgabe festzulegen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, § 4 der Satzung nach vollständiger oder teilweiser Durchführung der Erhöhung des Grundkapitals entsprechend der jeweiligen Inanspruchnahme des genehmigten Kapitals und nach Ablauf der Ermächtigungsfrist anzupassen.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 26. Mai 2028 (einschließlich) eigene Aktien der Gesellschaft bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung oder – falls dieser Wert niedriger ist – des zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit anderen eigenen Aktien, die die Gesellschaft erworben hat und noch besitzt oder ihr zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des bestehenden Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb zum Zweck des Handels mit eigenen Aktien ist ausgeschlossen.

Der Erwerb darf nach Wahl des Vorstandes (i) über die Börse oder (ii) mittels eines an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Kaufangebotes bzw. einer an alle Aktionäre der Gesellschaft gerichteten öffentlichen Aufforderung zur Abgabe eines Verkaufsangebotes oder (iii) durch ein an alle Aktionäre gerichtetes öffentliches Tauschangebot gegen Aktien eines im Sinne von § 3 Abs. 2 AktG börsennotierten Unternehmens bzw. durch eine öffentliche Aufforderung zur Abgabe eines solchen Angebots erfolgen.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates die aufgrund dieser oder einer früheren Ermächtigung erworbenen eigenen Aktien zu allen gesetzlich zugelassenen Zwecken zu verwenden.

Konzernlagebericht

Sämtliche vorbezeichneten Ermächtigungen können ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals, in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft ausgeübt werden. Die Ermächtigungen – mit Ausnahme der Ermächtigung zur Einziehung der eigenen Aktien – können auch durch von der Gesellschaft abhängige oder in Mehrheitsbesitz der Gesellschaft stehende Unternehmen oder für ihre oder deren Rechnung von Dritten ausgeübt werden.

Der Vorstand wird die Hauptversammlung bezüglich des Erwerbs eigener Aktien und deren Verwendung jeweils unterrichten. Weitere Sachverhalte nach § 315a HGB liegen nicht vor.

10. Zusammengefasster Nichtfinanzieller Konzernbericht

Die Verantwortung für das Thema Nachhaltigkeit wird auf der Ebene von Vorstand und Aufsichtsrat wahrgenommen. Ein dediziertes Nachhaltigkeitsmanagement sorgt dabei für eine hohe Priorisierung des Themas in allen Unternehmensbereichen. Die explizite Einbindung von Nachhaltigkeit in die Gesamtstrategie stellt sicher, dass das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zielen jederzeit gut ausbalanciert werden kann. Es wird auf den auf der Internetseite des Mutterunternehmens gesondert veröffentlichten zusammengefassten nichtfinanziellen Bericht verwiesen (www.baslerweb.com/de/unternehmen/investoren/nachhaltigkeit).

11. Schlusserklärung zum Abhängigkeitsbericht

Wir erklären, dass die Basler AG, Ahrensburg, bei den im Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und Personen aufgeführten Rechtsgeschäften nach den Umständen, die uns zu dem Zeitpunkt der Vornahme der Rechtsgeschäfte bekannt waren, angemessene Gegenleistungen erhalten hat.

Ahrensburg, 27. März 2025



Dr. Dietmar Ley



Hardy Mehl



Ines Brückel

Bilanz

A K T I V A	31.12.2024	Vorjahr	P A S S I V A	31.12.2024		Vorjahr
	EUR	TEUR		EUR	EUR	
A. ANLAGEVERMÖGEN			A. EIGENKAPITAL			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			I. Ausgegebenes Kapital			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.043.871,40	11.137	1. Gezeichnetes Kapital (Bedingtes Kapital 215 TEUR (VJ: 215 TEUR))	31.500.000,00		31.500
2. Geleistete Anzahlungen	92.419,41	216	2. Nennbetrag eigener Anteile	-757.000,00	30.743.000,00	-763
	9.136.290,81	11.353	II. Kapitalrücklage		10.182.212,39	10.182
II. Sachanlagen			III. Bilanzgewinn		49.664.508,97	45.216
1. Grundstücke	1.531.914,89	1.532			90.589.721,36	86.135
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.002.707,04	3.894	B. RÜCKSTELLUNGEN			
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.269.834,27	7.496	1. Steuerrückstellungen		1.343.022,77	391
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	53.190,16	56	2. Sonstige Rückstellungen		4.133.520,90	4.825
	10.857.646,36	12.978			5.476.543,67	5.216
III. Finanzanlagen			C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	30.680.756,54	25.967	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		52.139.791,69	59.655
2. Beteiligungen	366.050,00	1.501	2. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		296.321,16	700
3. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	6.500.000,00	10.400	3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		10.991.889,23	9.989
	37.546.806,54	37.868	4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		538.420,83	314
	57.540.743,71	62.199	5. Sonstige Verbindlichkeiten		7.492.214,42	1.809
			- davon aus Steuern: EUR 4.292.134,27 (Vorjahr: TEUR 955)			
B. UMLAUFVERMÖGEN			- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 289.725,08 (Vorjahr: TEUR 311)			
I. Vorräte					71.458.637,33	72.467
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	22.437.624,79	26.007				
2. Unfertige Erzeugnisse	1.848.019,10	1.223				
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	6.080.858,51	5.243				
4. Geleistete Anzahlungen	95.241,30	267				
	30.461.743,70	32.740				
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.081.240,13	4.953				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	51.800.131,58	30.442				
3. Sonstige Vermögensgegenstände	11.685.889,98	9.134				
	65.567.261,69	44.529				
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten						
	9.930.200,96	19.872				
	105.959.206,35	97.141				
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN						
	4.024.952,30	4.478				
	167.524.902,36	163.818			167.524.902,36	163.818

Basler Aktiengesellschaft, Ahrensburg

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024

Gewinn- und Verlustrechnung

	2024		Vorjahr
	EUR	EUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		138.787.537,29	131.573
2. Erhöhung / Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		1.363.749,82	-1.445
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		98.406,93	451
4. Sonstige betriebliche Erträge		8.992.223,61	5.294
- davon aus Währungsumrechnung: EUR 2.020.939,65 (Vorjahr: TEUR 941)			
5. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und für bezogene Waren	48.879.746,01		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	371.147,95	49.250.893,96	55.577
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	51.650.048,47		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
- davon für Altersversorgung: EUR 4.873.192,39 (Vorjahr: TEUR 5.680)	9.480.576,05	61.130.624,52	72.448
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		5.207.627,62	5.292
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		25.827.222,64	23.838
- davon aus Währungsumrechnung: EUR 692.813,45 (Vorjahr: TEUR 1.273)			
9. Erträge aus Beteiligungen		618.929,00	10.298
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 500.000,00 (Vorjahr: TEUR 10.193)			
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		701.843,34	844
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 427.916,66 (Vorjahr: TEUR 640)			
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		959.694,68	907
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen		876.503,00	0
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2.982.637,77	293
14. Ergebnis nach Steuern		4.327.485,80	-11.340
15. sonstige Steuern		-54.294,52	2
16. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		4.381.780,32	-11.342
17. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		45.216.145,77	43.199
18. Veränderung eigene Aktien		66.582,88	13.359
19. Bilanzgewinn		49.664.508,97	45.216

1. Allgemeine Angaben	2
2. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung.....	2
3. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn und Verlustrechnung	4
3.1 Anlagevermögen.....	4
3.2 Forderungen gegen verbundene Unternehmen.....	4
3.3 Sonstige Vermögensgegenstände	4
3.4 Eigenkapital.....	4
3.4.1 Gezeichnetes Kapital	4
3.4.2 Eigene Anteile	4
3.5 Rückstellungen	5
3.6 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5
3.7 Verbindlichkeiten.....	6
3.8 Umsatzerlöse	7
3.9 Andere aktivierte Eigenleistungen	7
3.10 Sonstige betriebliche Erträge, sonstige Aufwendungen und Personalaufwand	7
3.11 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	7
3.12 Ergebnisverwendung	8
3.13 Sonstige finanzielle Verpflichtungen/ nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte	8
4. Sonstige Pflichtangaben.....	8
4.1 Mitglieder des Vorstandes	8
4.2 Vergütungen der Mitglieder des Vorstandes	9
4.3 Mitglieder des Aufsichtsrats	10
4.4 Vergütung des Aufsichtsrats.....	11
4.5 Angaben über den Anteilsbesitz an anderen Unternehmen	11
4.6 Angaben über das genehmigte Kapital	12
4.7 Anzahl der Arbeitnehmer	13
4.8 Konzernverhältnisse	13
4.9 Abschlussprüferhonorar	13
4.10 Bewertungseinheiten	13
4.11 Mitteilungen nach § 33 Abs. 1 und Abs. 2 WpHG.....	14
4.12 Angaben zur Entsprechenserklärung	15
4.13 Ergebnisverwendungsvorschlag.....	15
4.14 Nachtragsbericht.....	15

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss wurde gem. §§ 242 ff., § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB und 264 ff. HGB sowie den einschlägigen Vorschriften des AktG unter Annahme der Unternehmensfortführung in Euro (€) aufgestellt. Es gelten die Vorschriften für große Kapitalgesellschaften, für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt. Die Basler AG (HR-Nr. HRB 4090 AH beim Handelsregister des Amtsgerichtes Lübeck) stellt seit dem Geschäftsjahr 2024 erstmals einen zusammengefassten Lagebericht auf.

2. Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungskosten angesetzt. Die Gesellschaft macht vom Wahlrecht zur Aktivierung von Entwicklungskosten nach § 248 Abs. 2 HGB keinen Gebrauch.

Die planmäßigen Abschreibungen der immateriellen Vermögensgegenstände wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer linear vorgenommen. Die Nutzungsdauer beträgt drei bis zehn Jahre. Die Abschreibungen enthalten auch periodenfremde Beträge in Höhe von 175 T€ (VJ: 0 T€).

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert. In die Herstellungskosten wurden neben den unmittelbar zurechenbaren Kosten auch notwendige Fertigungs- und Materialgemeinkosten und durch die Fertigung veranlasste Abschreibungen einbezogen. Fremdkapitalkosten werden nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen. Die Nutzungsdauern betragen für die technischen Anlagen und Maschinen drei bis vierzehn Jahre, für die anderen Anlagen und die Betriebs- und Geschäftsausstattung drei bis fünfzehn Jahre.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen wurden zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Bei Wegfall des Grundes für die Wertminderung wird bis zur Höhe der Anschaffungskosten wieder zugeschrieben.

Die Vorräte wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Sofern die Tageswerte am Bilanzstichtag niedriger waren, wurden diese angesetzt. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren wurden zu gleitenden Durchschnittspreisen bewertet.

In die Herstellungskosten unfertiger und fertiger Erzeugnisse wurden neben den unmittelbar zurechenbaren Kosten auch notwendige Fertigungs- und Materialgemeinkosten und durch die Fertigung veranlasste Abschreibungen einbezogen. Fremdkapitalzinsen werden nicht in die Herstellungskosten

einbezogen. Zur Vermeidung von Bewertungsrisiken bei den Rohstoffen im Zusammenhang mit Überbeständen und Schwergängigkeit wurden ausreichende Wertberichtigungen vorgenommen. Dabei wurden die Berichtigungen in Höhe von 3,9 Mio. € (VJ: 4,2 Mio. €) auf der Basis von durchgeführten detaillierten Reichweitenanalysen vorgenommen. Diese resultieren aus den weiterhin hohen Abnahmeverpflichtungen der Rohmaterialien und einem geringeren Abfluss auf Grund des weiterhin schwachen Geschäftes bzw. der angespannten Marktlage.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken zum Nennwert bewertet bzw. niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Erkennbare Einzelrisiken bei zweifelhaften Forderungen werden durch entsprechende Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos wurde auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen eine Pauschalwertberichtigung gebildet.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten wurden zum Nennwert bewertet. Fremdwährungsbeträge wurden zum Devisenkassamittelkurs sowohl bei der Entstehung als auch zum Bilanzstichtag umgerechnet. Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sind zum Devisenmittelkurs am Abschlusstag umgerechnet.

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten betreffen Ausgaben vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Der Nennbetrag beim Erwerb eigener Anteile wird offen vom Gezeichneten Kapital abgesetzt. Der verbleibende Unterschiedsbetrag wird mit dem Bilanzgewinn verrechnet.

Die sonstigen Rückstellungen und Steuerrückstellungen wurden für alle ungewissen Verbindlichkeiten gebildet. Dabei wurden alle erkennbaren Risiken in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages berücksichtigt. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden zukünftige Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt und eine Abzinsung auf den Bilanzstichtag vorgenommen. Als Abzinsungssätze werden die den Restlaufzeiten der Rückstellungen entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätze der vergangenen sieben Jahre verwendet, wie sie von der Deutschen Bundesbank gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung monatlich ermittelt und bekannt gegeben werden.

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten ermittelt. Insgesamt bestehen ausschließlich aktive latente Steuern. In Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 S. 2 HGB wurden aktive latente Steuern nicht bilanziert.

3. Angaben und Erläuterungen zu einzelnen Posten der Bilanz und der Gewinn und Verlustrechnung

3.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens ist separat in der Anlage zum Anhang dargestellt.

Das Darlehen an die Basler Asia in Höhe von 6.500 T€ (VJ: 10.400 T€) wurde von den Forderungen an verbundene Unternehmen in die Ausleihungen an verbundene Unternehmen umgegliedert. Diese sind unter den Finanzanlagen im Anlagevermögen abgebildet. Die Umgliederung erfolgte auf Grund der Verbesserung der Darstellung. Das Darlehen gegenüber Basler Asia ist i.H.v. 5.200 T€ jährlich rückzahlbar. Entsprechend haben 5.200 T€ (VJ: 5.200 T€) dieser Ausleihung eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr und 1.300 T€ (VJ: 5.200 T€) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

3.2 Forderungen gegen verbundene Unternehmen

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen betragen 51.800 T€ (VJ: 30.442 T€) und entfallen mit 51.792 T€ (VJ: 20.917 T€) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und mit 6.508 T€ (VJ: 19.925 T€) auf sonstige Vermögensgegenstände. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Sie sind im Berichtsjahr vor allem auf Grund der Nachbelastung auf Basis der Feststellungen der Betriebsprüfung gestiegen. In den Forderungen sind 0 T€ (VJ: 9.525 T€) aus der phasenkongruenten Gewinnvereinnahmung enthalten. Insgesamt wurden in 2024 500 T€ (VJ: 10.193 T€) Beteiligungserträge aus Tochterunternehmen gebucht.

3.3 Sonstige Vermögensgegenstände

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Forderungen in Höhe von 7.188 T€ JAP (VJ: 5.496 T€) mit einer Restlaufzeit größer 1 Jahr enthalten.

3.4 Eigenkapital

3.4.1 Gezeichnetes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 31.500 T€ und ist aufgeteilt in 31.500.000 nennwertlose Stückaktien. Ihr rechnerischer Wert beträgt 1,00 €/Aktie. Die Aktien laufen auf den Inhaber.

3.4.2 Eigene Anteile

Es besteht ein Aktienrückkaufprogramm. Grundlage des Aktienrückkaufprogramms war die Ermächtigung gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG vom 16. Mai 2019. Diese Ermächtigung wurde auf der Hauptversammlung vom 26. Mai 2020 aufgehoben und eine neue Ermächtigung wurde erteilt. Hiernach kann die Gesellschaft insgesamt eigene Aktien im Umfang von bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung oder – falls dieser Wert geringer ist – des zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung bestehenden Grundkapitals erwerben. Sie darf nicht zum Zwecke des Handelns mit

eigenen Aktien genutzt werden. Die erworbenen Aktien können zu allen gesetzlich zulässigen Zwecken verwendet werden. Die Ermächtigung ist gültig bis zum Ablauf des 25. Mai 2025. Auf Erwerbsseite bedeutet dies, dass insgesamt nicht mehr als 1.050.000 Aktien unter der Ermächtigung erworben werden dürfen. Hierbei sind die Aktien, die im Rahmen der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln am 20. Juli 2022 ausgegeben wurden, nicht mitzuzählen, sondern nur die bis zum 20. Juli 2022 tatsächlich erworbenen 544.956 Aktien sowie die danach erworbenen 31.601 Stück.

Im Berichtszeitraum hat das Unternehmen keine Aktien (VJ: 894.000) veräußert. Im Rahmen der variablen Vergütung wurden 6.188 Aktien an die Mitglieder des Vorstands ausgegeben.

Zum Stichtag 31.12.2024 hält die Gesellschaft 757.000 (VJ: 763.188) eigene Aktien, welche 757.000,00 € (VJ: 763.188,00 €) bzw. 2,40 % (VJ: 2,42%) des Grundkapitals von 31,5 Mio. € entsprechen.

Im Berichtsjahr wurden 0 T€ (VJ: 3.446 T€) in die Kapitalrücklage eingestellt.

Überleitung des Bilanzgewinns:

(in T€)	31.12.2024	31.12.2023
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	4.382	-11.342
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	45.216	43.199
Verkauf/Verrechnung/ Kauf eigener Aktien	67	13.359
Bilanzgewinn	49.665	45.216

3.5 Rückstellungen

in T€	31.12.2024	31.12.2023
Personalbereich	2.762	3.759
Gewährleistung	384	364
Abschluss und Prüfung	382	191
Steuern	1.343	391
Sonstiges	606	511
Summe	5.477	5.216

Die Personalrückstellungen betreffen im Wesentlichen variable Vergütungen bzw. Boni, Urlaubsrückstellungen und Abfindungen.

3.6 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Auch im Geschäftsjahr 2024 waren keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch Sicherungsübereignung des Sachanlagevermögens besichert.

3.7 Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

in T€ <i>Vorjahr</i>	Gesamtbetrag	< 1 Jahr	> 1 Jahr	davon > 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	52.140 59.655	7.896 8.295	32.755 51.360	11.489 16.330
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	296 700	296 700	0 0	0 0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.992 9.990	10.992 9.990	0 0	0 0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	538 314	538 314	0 0	0 0
Sonstige Verbindlichkeiten	7.492 1.808	7.492 1.808	0 0	0 0
Summe	71.458 72.467	27.214 21.107	32.755 51.360	11.489 16.330

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen wie im Vorjahr Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Darüber hinaus hat die Gesellschaft im Berichtsjahr Forderungen in Höhe von 18.202 T€ an einen Factor verkauft. Es handelt sich um echtes Factoring ohne Regress, sodass die Forderungen vollständig aus der Bilanz ausgebucht wurden. Der Verkauf diente der Liquiditätsverbesserung und Reduzierung des Forderungsausfallrisikos. Für die Factoring-Dienstleistung wurden 16 T€ Zinsen und 31 T€ Gebühren gezahlt. Die durchschnittliche Vorfinanzierungsquote betrug 95,50 % der übertragenen Forderungen. Zum Bilanzstichtag besteht eine Forderung in Höhe von 678 T€ gegenüber dem Factor.

3.8 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der AG teilen sich wie folgt nach den Regionen auf:

Aufteilung nach Regionen (in T€)	2024	2023
Deutschland	21.483	27.734
EMEA	39.337	38.333
Amerika	35.800	20.843
Asien	42.168	44.663
	138.788	131.573

In den Umsatzerlösen ist eine Nachbelastung aus der Betriebsprüfung an verbundene Unternehmen i.H.v. 18.669 T€ (VJ: 0 T€) enthalten.

3.9 Andere aktivierte Eigenleistungen

In den aktivierten Eigenleistungen sind 98 T€ (VJ: 42 T€) für selbsterstellte Fertigungstools enthalten und 0 T€ (VJ: 409 T€) für Eigenleistungen, die im Vorjahr mit der Implementierung eines Softwaresystems im direkten Zusammenhang stehen.

3.10 Sonstige betriebliche Erträge, sonstige Aufwendungen und Personalaufwand

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen Erträge aus der Weiterbelastung von Serviceleistungen, die von der Basler AG erbracht wurden, an verbundene Unternehmen von 4.035 T€ (VJ: 1.940 T€). Die Forschungszulagen erhöhten sich auf 1.291 T€ (VJ: 1.188 T€). Des Weiteren sind Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen i.H.v. 134 T€ (VJ: 459 T€) in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 25.827 T€ (VJ: 23.838 T€) sind Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 693 T€ (VJ: 1.273 T€) enthalten. Des Weiteren sind Aufwendungen aus dem Sozialplan 2024 in Höhe von 2.451 T€ (VJ: 0 T€) enthalten.

3.11 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Basler AG macht von ihrem Ansatzwahlrecht für aktive latente Steuern gem. § 274 Abs. 1 S. 2 HGB keinen Gebrauch. Für die Posten Vorräte, Verlustvorträge und Rückstellungen würden aktive latente Steuern anfallen. Unter Anwendung des deutschen Körperschaftsteuersatzes inklusive Solidaritätszuschlag von 15,83 % (VJ: 15,83 %) sowie des anzuwendenden Gewerbesteuersatzes von 13,44 % (VJ: 13,48 %) ergibt sich ein Gesamtsteuersatz von 29,27 % (VJ: 29,31 %).

Die Angaben zu den Mindeststeuern nach §285 Nr. 30a HGB entfallen auf Grund der Größenklasse der Gesellschaft.

3.12 Ergebnisverwendung

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung am 13. Mai 2024 wurde für das Geschäftsjahr 2023 der Bilanzgewinn von 45.216.145,77 € in voller Höhe auf neue Rechnung vorgetragen.

3.13 Sonstige finanzielle Verpflichtungen/ nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Im Jahre 1999 bezog die Basler AG ihre Geschäfts- und Fertigungsräume An der Strusbek 60-62 in Ahrensburg. Der Mietvertrag über dieses Gebäude hatte eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2018. Im Rahmen des geplanten Erweiterungsanbaus wurde ein neuer Mietvertrag geschlossen. Dieser begann am 01. Januar 2019 und endet am 30. Juni 2036. In der Zeit vom 01. Januar 2022 zum 31. Dezember 2022 wurden für den Erweiterungsbau Mietvorauszahlungen in Höhe von 684 T€ geleistet. Die geleisteten Mietvorauszahlungen wurden seit 2023 rückwirkend als Mieterdarlehen ersetzt und die ab 01. Januar 2023 geleisteten Zahlungen sind als Mieterdarlehen klassifiziert. Der Mietbeginn startete am 16. Januar 2023 mit Nutzung des Erweiterungsanbaus. Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft für den Neubau Zahlungen in das Mieterdarlehen in Höhe von insgesamt 228 T€ (VJ: 228 T€) geleistet. Zahlungen in ein Mieterdarlehen sind auch für das Bestandsobjekt im Berichtsjahr in Höhe von 1.464 T€ (VJ: 1.464 T€) geleistet worden. Seit November 2020 werden die geleisteten Mietvorauszahlungen beim Bestandsobjekt als Mieterdarlehen angesehen. Die bis dahin geleisteten Mietvorauszahlungen in Höhe von 2.738 T€ fungieren ab dem 01.01.2025 als Leasingraten für das Bestandsobjekt.

Insgesamt bestehen zum Stichtag folgende Verpflichtungen aus Miet-, Leasing- und Serviceverträgen:

Restlaufzeit	T€
≤ 1 Jahr	2.138
1 bis 5 Jahre	8.555
> 5 Jahre	14.278

Das Bestellobligo betrug zum Stichtag 21.033 T€ (VJ: 13.051 T€). Die Situation am Halbleitermarkt hat sich seit dem vorletzten Jahr entspannt. Das Bestellobligo ist aufgrund der Wiederbelebung der Märkte trotzdem im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen beträgt 46.004 T€.

4. Sonstige Pflichtangaben

4.1 Mitglieder des Vorstandes

Im Jahr 2024 gehörten dem Vorstand folgende Personen an:

- Dr. Dietmar Ley, Vorstandsvorsitzender (CEO): zuständig für Forschung und Entwicklung, das Produktgeschäft

- Hardy Mehl, Chief Financial Officer (CFO), Chief Operations Officer (COO) sowie stellvertretender CEO: zuständig für Operations, Investor Relations und Personal und Organisationsentwicklung
- Alexander Temme, Vorstand Vertrieb (CCO): zuständig für Produktdistribution (Vertrieb, Kommunikation, Service, Marketing), die digitale Customer Journey sowie die Tochtergesellschaften des Konzerns weltweit

Alexander Temme ist zum 31.12.2024 ausgeschieden.

Ines Brückel ist ab dem 01.01.2025 als Chief Financial Officer (CFO) in den Konzern eingetreten.

4.2 Vergütungen der Mitglieder des Vorstandes

Zum 1. Januar 2011 wurde das Vergütungsmodell des Vorstandes durch die Einführung einer Langfristigkeitsklausel verändert (siehe separater Vergütungsbericht auf der Internetseite). Hiernach werden die in einem Geschäftsjahr erworbenen variablen Ansprüche über drei Jahre verteilt ausgezahlt und unterliegen während dieses Zeitraums dem zwischenzeitlichen Risiko einer substantziellen Schmälerung durch eine nachträgliche Verschlechterung der Lage der Gesellschaft.

Die Gesamtvergütung des Vorstandes betrug 1.269 T€ (Vorjahr insgesamt: 2.205 T€). Die Vergütung des Vorstands ist im Einzelnen in einem separaten Vergütungsbericht dargestellt. Für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Arndt Bake wurden 119 T€ und für das ausgeschiedene Vorstandsmitglied Alexander Temme wurden 75 T€ im Berichtsjahr aus der Bonusbank ausgezahlt. Die Auszahlung steht im Zusammenhang mit der ehemaligen Vorstandstätigkeit.

Die Vorstandsvergütung besteht aus einer Festvergütung und Nebenleistungen sowie einer erfolgsbezogenen variablen Vergütung mit mehrjähriger Bemessungsgrundlage.

Zu den üblichen Nebenleistungen gehören neben dem Ersatz angemessener Auslagen im Wesentlichen die Zurverfügungstellung eines auch privat nutzbaren Dienstwagens nach den aktuellen Richtlinien und eine zusätzliche Unfallversicherung für jedes Vorstandsmitglied.

Die variable Vergütung hängt von der Erreichung finanzieller Leistungskriterien für das jeweilige Geschäftsjahr ab und wird über eine Bonusbank über mehrere Jahre verzögert ausgezahlt. Davon wird ein Teil der variablen Vergütung in Aktien der Gesellschaft ausgezahlt. Eine Auszahlung in Aktien erfolgt ab dem Geschäftsjahr 2025 nur, sofern sich die Vorstandsmitglieder für eine Teilnahme am Aktienprogramm entscheiden. Die Zielvorgaben für die variable Vergütung werden für jedes Jahr für die Vorstandsmitglieder vereinbart.

4.3 Mitglieder des Aufsichtsrats

Dem Aufsichtsrat gehörten im Jahr 2024 folgende Personen an:

Norbert Basler	Aufsichtsratsvorsitzender, Vorsitzender des Nominierungsausschusses, Mitglied des Prüfungsausschusses, Unternehmer
Horst W. Garbrecht	Stellvertretender Vorsitzender, Mitglied des Nominierungsausschusses, Geschäftsführer bei der CeramTec in Plochingen
Alexander Jürn	Ordentliches Aufsichtsratsmitglied, Arbeitnehmervertreter, Leiter des Finanz- und Rechnungswesens der Basler AG
Tanja Schley	Ordentliches Aufsichtsratsmitglied, Arbeitnehmervertreterin, Gruppenleiterin im Bereich Production Engineering
Lennart Schulenburg	Ordentliches Aufsichtsratsmitglied, Mitglied des Prüfungsausschusses, Geschäftsführer der VisiConsult X-ray Systems & Solutions GmbH in Stockelsdorf
Prof. Dr. Mirja Steinkamp	Ordentliches Aufsichtsratsmitglied, Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Wirtschaftsprüferin, Steuerberaterin, Professorin an der Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW)

Weitere Mandate der Aufsichtsräte im Jahr 2024 entsprechend § 285 Nr. 10 HGB:

Norbert Basler

- Stellv. Beiratsvorsitzender AT Holding GmbH, Bad Oldesloe
- Stellv. Beiratsvorsitzender Zöllner Holding GmbH, Kiel
- Beiratsvorsitzender Buhck Umweltservices GmbH & Co. KG, Wentdorf
- Aufsichtsratsvorsitzender des Northern Institute of Technology Management (NIT), Hamburg

Lennart Schulenburg

- Verwaltungsrat der Schauenburg International GmbH, Mülheim an der Ruhr

Prof. Dr. Mirja Steinkamp

- Aufsichtsrätin bei SÜSS MicroTec SE, Garching b. München
- Aufsichtsrätin bei HOCHTIEF AG, Essen
- Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrates BartHaas GmbH & Co. KG, Nürnberg

Bei den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates bestehen keine Mandate in anderen Aufsichtsräten und Kontrollgremien.

4.4 Vergütung des Aufsichtsrats

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats betragen im Jahr 2024 232,4 T€ (VJ: 226,6 T€). Erfolgsbezogene Vergütung gab es, wie auch im Vorjahr, nicht. Die Aufsichtsratsvergütung besteht aus einer Festvergütung, einer Vergütung für Ausschusstätigkeiten und Sitzungsgeldern.

	Fixe und variable Bezüge in T€	
	2024	2023
Norbert Basler	72,5	72,5
Dorothea Brandes (bis 26.05.2023)	0,0	9,6
Horst W. Garbrecht	34,0	34,0
Dr. Marco Grimm (bis 28.02.2023)	0,0	3,8
Alexander Jürn (ab 26.05.2023)	23,5	13,9
Tanja Schley (ab 26.05.2023)	23,5	13,9
Lennart Schulenburg	31,1	31,1
Prof. Dr. Mirja Steinkamp	47,8	47,8

4.5 Angaben über den Anteilsbesitz an anderen Unternehmen

Gemäß § 285 Nr. 11 HGB wird über nachstehende Unternehmen berichtet:

Firma	Anteilshöhe in %	Jahresergebnis 2024 (T€)	Eigenkapital per 31.12.2024 (T€)
Basler Inc., Exton/USA	100	-12.427	-11.975
Basler Asia Pte. Ltd., Singapur/Singapur	100	-3.173	3.092
Basler Vision Technology (Beijing) Co. Ltd., Peking/China	100	-678	11.135
Basler Italy, Trezzane/Italien	100	497	1.125
Basler Poland, Krakow/Polen	100	170	324
Basler France SA, Pessac/Frankreich	100	230	5.226

Des Weiteren bestehen über die Basler Asia weitere folgende mittelbare Beteiligungen:

Firma	Mittelbare Anteilshöhe in %	Jahresergebnis 2024 (T€)	Eigenkapital per 31.12.2024 (T€)
Basler Technologies Taiwan Inc., Jhubei City/Taiwan	100	-419	-284
Basler Korea, Jungwongu/Südkorea	100	-1.588	13.415
Basler Japan KK, Minatoku/Japan	100	30	110

Es bestehen des Weiteren folgende Beteiligungen:

Firma	Anteilshöhe in %	Jahresergebnis 2024 (T€)	Eigenkapital per 31.12.2024 (T€)
Beruf und Familie im HanseBelt gGmbH, Bad Oldesloe	7,4*	-4*	233*
Roboception GmbH, München	25,1	-115**	274**

*) Ein Abschluss zum 31.12.2024 lag bis zur Berichterstellung nicht vor. Hier wurde der Abschluss 2023 zugrunde gelegt.

***) Ein Abschluss zum 31.12.2024 lag bis zur Berichterstellung nicht vor. Hier wurde der Abschluss 2023 zugrunde gelegt.

Die Basler AG hat am 03.05.2024 im Rahmen einer strategischen Beteiligung und Kapitalerhöhung Anteile in Höhe von 25,1 % an der Roboception GmbH, München, übernommen. Die Roboception ist im Segment der 3D-Vision-Lösungen für Anwendungen in der Robotik tätig. Der geplante deutliche Umsatzanstieg blieb für das Jahr 2024 aufgrund der gedämpften Nachfrage im Markt aus. Die zukünftige Entwicklung der Cash Flows der Roboception ist stark mit der Entwicklung des aufstrebenden Markts für 3D-Vision-Lösungen in der Robotik korreliert. Da es sich um einen jungen Markt handelt, können Wachstumsraten auf die aktuell noch recht geringen Volumina im zwei bis dreistelligen Prozentbetrag liegen. Um dem zeitlichen sowie Volumen-bezogenen Risiko der Marktentwicklung Rechnung zu tragen, wurde eine eher konservative Planung erstellt sowie ein Risikozuschlag im WACC vorgenommen. Basierend auf dieser Vorgehensweise kommt es zu einer Abwertung Beteiligung um 877 T€.

Per 01.07.2022 hat die Basler AG 25,1% an der i2S Vision (welche dann in Basler France umbenannt wurde) zu einem Kaufpreis von T€ 1.000 erworben. Mit Erwerb der restlichen 74,9% zum 01.08.2024 verfügt die Basler AG über 100% der Anteile an der Basler France. Dadurch handelt es sich nicht mehr um eine Beteiligung, sondern um Anteile an einem verbundenen Unternehmen. Es erfolgte eine entsprechende Umgliederung.

4.6 Angaben über das genehmigte Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt Euro 31.500.000,00. Das Grundkapital ist eingeteilt in 31.500.000 auf den Inhaber ausgestellte Stückaktien. Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 22. Mai 2027 mit Zustimmung des Aufsichtsrats um bis zu Euro 15.750.000,00 durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von insgesamt bis zu 15.750.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stammaktien ohne Nennbetrag (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen.

Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht zu. Die neuen Aktien können auch von einem oder mehreren Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten.

4.7 Anzahl der Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Anzahl der MitarbeiterInnen nach Gruppen gem. § 285 Nr. 7 HGB kann der folgenden Tabelle entnommen werden:

Anzahl	2024	2023
Administration	99	118
Entwicklung	208	259
Produktion & Logistik	179	207
Vertrieb & Marketing	161	186
Gesamt	647	770

4.8 Konzernverhältnisse

Die Basler AG, Ahrensburg, die den Konzernabschluss für den größten und zugleich kleinsten Kreis von Unternehmen aufstellt, ist Mutterunternehmen für die im Anhang unter Nr. 4.5 aufgeführten Tochterunternehmen im Sinne von § 290 HGB, die damit auch verbundene Unternehmen im Sinne von § 271 Abs. 2 HGB sind. Der Konzernabschluss ist bei der Gesellschaft in Ahrensburg erhältlich und wird im Unternehmensregister veröffentlicht. Die Mehrheit der Anteile an der Basler AG wird durch die Norbert Basler Holding GmbH, Großhansdorf, gehalten.

4.9 Abschlussprüferhonorar

Die Honorare der Deloitte GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für die entsprechenden Wirtschaftsjahre teilen sich gem. § 285 Nr. 17 HGB in die folgenden Kategorien ein:

in T€	2024	2023
Abschlussprüfungsleistungen	256,5	188
Andere Bestätigungsleistungen	84	0
Steuerberatungsleistungen	0	0
Sonstige Leistungen	0	0
Gesamt	340,5	188

4.10 Bewertungseinheiten

Bewertungseinheiten im Sinne von § 254 HGB wurden nicht gebildet.

4.11 Mitteilungen nach § 33 Abs. 1 und Abs. 2 WpHG

Die Norbert Basler Holding GmbH hat gem. § 26 Abs. 1 WpHG (alte Fassung) am 15.12.2017 mitgeteilt, dass sie mehr als 50 % der Anteile an der Basler AG hält. Folgende meldepflichtige Stimmrechtsmitteilungen sind in 2024 erfolgt:

Anteilseigner; Sitz	Anteile alt in %	Anteile neu in %	Datum der Transaktion
AIM International Mutual Funds (Invesco International Mutual Funds); Wilmington, USA	5,00	0,00	03.01.2024
Invesco Ltd.; Hamilton, Bermuda	4,99	0,00	03.01.2024
Citigroup Inc.; Wilmington, USA	0,00	3,64	03.01.2024
Citigroup Inc.; Wilmington, USA	3,64	2,97	10.01.2024
Union Investment Privatfonds GmbH; Frankfurt am Main, Deutschland	0,00	3,14	25.03.2024
Ruth Wertheimer (7-Industries Holding B.V, Amstelveen, The Netherlands)	4,80	2,77	25.03.2024
Universal-Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung; Frankfurt am Main, Deutschland	3,42	5,12	16.04.2024
Ministry of Finance on behalf of the State of Norway; Oslo, Norwegen	0,00	3,98	10.12.2024

4.12 Angaben zur Entsprechenserklärung

Die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ist abgegeben worden und wurde den Aktionären auf der Internet-Seite des Unternehmens www.baslerweb.com/investoren zugänglich gemacht.

4.13 Ergebnisverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von 49.664.508,97 € wie folgt zu verwenden:

Ausschüttung einer Dividende	0,00
Vortrag auf neue Rechnung	49.664.508,97
Bilanzgewinn	49.664.508,97

4.14 Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse, welche eine Auswirkung auf den Jahresabschluss haben, sind nach dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Ahrensburg, 27. März 2025

Der Vorstand



Dr. Dietmar Ley



Hardy Mehl



Ines Brückel

Entwicklung des Anlagevermögens

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024

- Anlage zum Anhang -

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				31.12.2024 (in EUR)	Kumulierte Abschreibungen				31.12.2024 (in EUR)	Buchwerte	
	Stand 01.01.2024 (in EUR)	Zugänge (in EUR)	Abgänge (in EUR)	Umbuchungen (in EUR)		Stand 01.01.2024 (in EUR)	Zugänge (in EUR)	Abgänge (in EUR)	31.12.2024 (in EUR)		31.12.2024 (in EUR)	Vorjahr (in TEUR)
I. Immaterielle Vermögenswerte												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	22.492.990,40	84.723,34	-210.656,66	215.960,00	22.583.017,08	11.356.148,84	2.393.653,50	-210.656,66	13.539.145,68	9.043.871,40	11.136.841,56	
2. Geleistete Anzahlungen	215.960,00	92.419,41	0,00	-215.960,00	92.419,41	0,00	0,00	0,00	0,00	92.419,41	215.960,00	
	22.708.950,40	177.142,75	-210.656,66	0,00	22.675.436,49	11.356.148,84	2.393.653,50	-210.656,66	13.539.145,68	9.136.290,81	11.352.801,56	
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke	1.531.914,89	0,00	0,00	0,00	1.531.914,89	0,00	0,00	0,00	0,00	1.531.914,89	1.531.914,89	
2. Technische Anlagen	14.706.032,00	535.585,93	-1.018.102,32	42.039,35	14.265.554,96	10.812.248,25	1.468.701,99	-1.018.102,32	11.262.847,92	3.002.707,04	3.893.783,75	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.174.296,12	340.109,53	-772.220,60	14.153,45	15.756.338,50	8.678.114,67	1.345.272,13	-536.882,57	9.486.504,23	6.269.834,27	7.496.181,45	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	56.192,80	53.190,16	0,00	-56.192,80	53.190,16	0,00	0,00	0,00	0,00	53.190,16	56.192,80	
	32.468.435,81	928.885,62	-1.790.322,92	0,00	31.606.998,51	19.490.362,92	2.813.974,12	-1.554.984,89	20.749.352,15	10.857.646,36	12.978.072,89	
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.967.385,63	3.217.236,00	0,00	1.496.134,91	30.680.756,54	0,00	0,00	0,00	0,00	30.680.756,54	25.967.385,63	
2. Beteiligungen	1.514.332,35	1.237.553,00	0,00	-1.496.134,91	1.255.750,44	13.197,44	876.503,00	0,00	889.700,44	366.050,00	1.501.134,91	
3. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	10.400.000,00	0,00	-3.900.000,00	0,00	6.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.500.000,00	10.400.000,00	
	37.881.717,98	4.454.789,00	-3.900.000,00	0,00	38.436.506,98	13.197,44	876.503,00	0,00	889.700,44	37.546.806,54	37.868.520,54	
Summe Anlagevermögen	93.059.104,19	5.560.817,37	-5.900.979,58	0,00	92.718.941,98	30.859.709,20	6.084.130,62	-1.765.641,55	35.178.198,27	57.540.743,71	62.199.394,99	

Entwicklung des Anlagevermögens

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023

- Anlage zum Anhang -

	Anschaffungs- oder Herstellungskosten				31.12.2023 (in EUR)	Kumulierte Abschreibungen				31.12.2023 (in EUR)	Buchwerte	
	Stand 01.01.2023 (in EUR)	Zugänge (in EUR)	Abgänge (in EUR)	Umbuchungen (in EUR)		Stand 01.01.2023 (in EUR)	Zugänge (in EUR)	Abgänge (in EUR)	31.12.2023 (in EUR)		31.12.2023 (in EUR)	Vorjahr (in TEUR)
I. Immaterielle Vermögenswerte												
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte	19.468.410,39	3.145.339,85	-292.445,46	171.685,62	22.492.990,40	9.391.758,39	2.256.835,91	-292.445,46	11.356.148,84	11.136.841,56	10.076.652,00	
2. Geleistete Anzahlungen	171.685,62	215.960,00	0,00	-171.685,62	215.960,00	0,00	0,00	0,00	0,00	215.960,00	171.685,62	
	19.640.096,01	3.361.299,85	-292.445,46	0,00	22.708.950,40	9.391.758,39	2.256.835,91	-292.445,46	11.356.148,84	11.352.801,56	10.248.337,62	
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke	1.531.914,89	0,00	0,00	0,00	1.531.914,89	0,00	0,00	0,00	0,00	1.531.914,89	1.531.914,89	
2. Technische Anlagen	15.095.622,48	494.002,83	-697.133,70	-186.459,61	14.706.032,00	10.144.916,48	1.353.883,32	-686.551,55	10.812.248,25	3.893.783,75	4.950.706,00	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	14.315.088,75	699.524,69	-206.262,68	1.365.945,36	16.174.296,12	7.198.157,25	1.681.273,48	-201.316,06	8.678.114,67	7.496.181,45	7.116.931,50	
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	1.191.186,31	44.492,24	0,00	-1.179.485,75	56.192,80	0,00	0,00	0,00	0,00	56.192,80	1.191.186,31	
	32.133.812,43	1.238.019,76	-903.396,38	0,00	32.468.435,81	17.343.073,73	3.035.156,80	-887.867,61	19.490.362,92	12.978.072,89	14.790.738,70	
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	26.259.019,74	0,00	-291.634,11	0,00	25.967.385,63	0,00	0,00	0,00	0,00	25.967.385,63	26.259.019,74	
2. Beteiligungen	1.274.265,35	240.067,00	0,00	0,00	1.514.332,35	13.197,44	0,00	0,00	13.197,44	1.501.134,91	1.261.067,91	
3. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	14.061.635,18	0,00	-3.661.635,18	0,00	10.400.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10.400.000,00	14.061.635,18	
	41.594.920,27	240.067,00	-3.953.269,29	0,00	37.881.717,98	13.197,44	0,00 #	0,00	13.197,44	37.868.520,54	41.581.722,83	
Summe Anlagevermögen	93.368.828,71	4.839.386,61	-5.149.111,13	0,00	93.059.104,19	26.748.029,56	5.291.992,71	-1.180.313,07	30.859.709,20	62.199.394,99	66.620.799,15	

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Basler Aktiengesellschaft, Ahrensburg

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES ZUSAMMENGEFASSTEN LAGEBERICHTS**Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der Basler Aktiengesellschaft, Ahrensburg, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Den Vergütungsbericht nach § 162 AktG, auf den vom Anhang in Abschnitt 4.2 aus verwiesen wird, haben wir nicht inhaltlich geprüft. Darüber hinaus haben wir den mit dem Konzernlagebericht zusammengefassten Lagebericht der Basler Aktiengesellschaft, Ahrensburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach §§ 289f und 315d HGB und den gesonderten zusammengefassten nichtfinanziellen Bericht nach §§ 289b und 315b HGB, auf die jeweils in den Abschnitten 7 bzw. 10 des zusammengefassten Lageberichts Bezug genommen wird, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft. Darüber hinaus haben wir die in Abschnitt 7 im zusammengefassten Lagebericht enthaltene und als ungeprüft gekennzeichnete Stellungnahme der gesetzlichen Vertreter zur Angemessenheit und Wirksamkeit des gesamten internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024; unser Prüfungsurteil zum Jahresabschluss erstreckt sich dabei nicht auf die Inhalte des Vergütungsberichts; und
- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung, des oben genannten Berichts sowie der oben genannten Stellungnahme der gesetzlichen Vertreter.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir mit der Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar.

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhaltsbeschreibung (einschließlich Verweis auf zugehörige Angaben im Jahresabschluss)
- b) Prüferisches Vorgehen

Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen

- a) Zum 31. Dezember 2024 werden im Jahresabschluss der Basler Aktiengesellschaft Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von Mio. EUR 30,7 (18,0 % der Bilanzsumme) ausgewiesen; im Geschäftsjahr 2024 wurden keine Abschreibungen auf Finanzanlagen vorgenommen.

Die Basler Aktiengesellschaft bewertet die Anteile an verbundenen Unternehmen grundsätzlich zu Anschaffungskosten. Im Fall voraussichtlich dauernder Wertminderungen werden die Anteile an verbundenen Unternehmen auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Die gesetzlichen Vertreter ermitteln mindestens einmal jährlich den beizulegenden Wert der Anteile an verbundenen Unternehmen mittels eines Bewertungsmodells nach dem Discounted Cashflow-Verfahren.

Zu diesem Zweck werden die Barwerte der erwarteten künftigen Zahlungsströme, die sich aus den von den gesetzlichen Vertretern erstellten Vierjahresplanungen ableiten, diskontiert. Der Aufsichtsrat hat der Vierjahresplanung zugestimmt und für das Jahr 2025 ein Budget beschlossen. Das Ergebnis der Bewertungen ist

von der Einschätzung der künftigen Zahlungsströme, insbesondere auch der Ableitung der ewigen Rente durch die gesetzlichen Vertreter, sowie den jeweils verwendeten Diskontierungszinssätzen und Wachstumsraten abhängig. Vor diesem Hintergrund und aufgrund der hohen Komplexität der Bewertung sowie den Unsicherheiten bei der Festlegung der Bewertungsparameter durch die gesetzlichen Vertreter war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zur Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen sind in dem Abschnitt „Angaben zur Bilanzierung und Bewertung“ des Anhangs enthalten.

- b) Im Rahmen der Prüfung der Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen haben wir uns zunächst ein Verständnis über den Prozess und die zugehörigen rechnungslegungsrelevanten Kontrollen der gesetzlichen Vertreter zur Überprüfung der Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen verschafft. Unter Einbindung unserer internen Bewertungsspezialisten haben wir beurteilt, ob das für die Ermittlung der beizulegenden Werte herangezogene Bewertungsverfahren die konzeptionellen Anforderungen berufsständischer Standards zutreffend abbildet und die Berechnungen darin konsistent und sachgerecht erfolgen. Darauf aufbauend haben wir überprüft, ob die durch die gesetzlichen Vertreter aus der Planung abgeleiteten und die angesetzten Diskontierungszinssätze insgesamt eine sachgerechte Grundlage für die Bewertung darstellen. Im Falle von Schätzungen durch die gesetzlichen Vertreter haben wir die angewendeten Methoden, die getroffenen Annahmen und die verwendeten Daten hinsichtlich deren Vertretbarkeit beurteilt. Für die im Modell verwendeten Plandaten haben wir geprüft, ob sie aus dem mit dem vom Aufsichtsrat beschlossenen Budget für das Jahr 2025 und der Vierjahresplanung sachgerecht abgeleitet wurden. Zur Überprüfung der Plausibilität der Vierjahresplanung haben wir uns auf allgemein zugängliche branchenspezifische Markterwartungen sowie Erläuterungen der gesetzlichen Vertreter zu den wesentlichen Annahmen der Planung gestützt. Die bei der Bestimmung des verwendeten Diskontierungszinssatzes herangezogenen Parameter wurden durch Abgleich mit Marktdaten geprüft und das Berechnungsschema sachlogisch und rechnerisch nachvollzogen. Wir haben außerdem geprüft, ob die so ermittelten beizulegenden Werte dem jeweiligen Buchwert gegenübergestellt wurden, um einen etwaigen Wertberichtigungs- oder Zuschreibungsbedarf festzustellen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- den Vergütungsbericht nach § 162 AktG,
- die Erklärung zur Unternehmensführung,
- den gesonderten zusammengefassten nichtfinanziellen Bericht,
- die im zusammengefassten Lagebericht enthaltene Stellungnahme der gesetzlichen Vertreter zum internen Kontrollsystem und zum Risikomanagementsystem sowie
- die Versicherungen der gesetzlichen Vertreter nach §§ 264 Abs. 2 Satz 3 und 289 Abs. 1 Satz 5 HGB zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht.

Für die Erklärung nach § 161 AktG zum Deutschen Corporate Governance Kodex, die Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung ist, und für den Vergütungsbericht sind die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Angaben im zusammengefassten Lagebericht oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und, sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutendsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung zu erstellenden elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Erklärung der Nichtabgabe eines Prüfungsurteils

Wir waren beauftragt, gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchzuführen, ob die für Zwecke der Offenlegung zu erstellenden Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen.

Wir geben kein Prüfungsurteil zu den ESEF-Unterlagen ab. Aufgrund der Bedeutung des im Abschnitt „Grundlage für die Erklärung der Nichtabgabe eines Prüfungsurteils“ beschriebenen Sachverhalts sind wir nicht in der Lage gewesen, ausreichende geeignete Prüfungsnachweise als Grundlage für ein Prüfungsurteil zu den ESEF-Unterlagen zu erlangen.

Grundlage für die Erklärung der Nichtabgabe eines Prüfungsurteils

Da uns die gesetzlichen Vertreter bis zum Zeitpunkt der Erteilung des Bestätigungsvermerks keine ESEF-Unterlagen zur Prüfung vorgelegt haben, geben wir kein Prüfungsurteil zu den ESEF-Unterlagen ab.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die ESEF-Unterlagen

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen

Es liegt in unserer Verantwortung, eine Prüfung der ESEF-Unterlagen in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) durchzuführen. Aufgrund des im Abschnitt „Grundlage für die Erklärung der Nichtabgabe eines Prüfungsurteils“ beschriebenen Sachverhalts sind wir nicht in der Lage gewesen, ausreichende geeignete Prüfungsnachweise als Grundlage für ein Prüfungsurteil zu den ESEF-Unterlagen zu erlangen.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 13. Mai 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 4. Juli 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind seit dem Geschäftsjahr 2024 als Abschlussprüfer der Basler Aktiengesellschaft, Ahrensburg, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

VERANTWORTLICHE WIRTSCHAFTSPRÜFERIN

Die für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüferin ist Annika Deutsch.

Hamburg, den 27. März 2025

Deloitte GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

DocuSigned by:

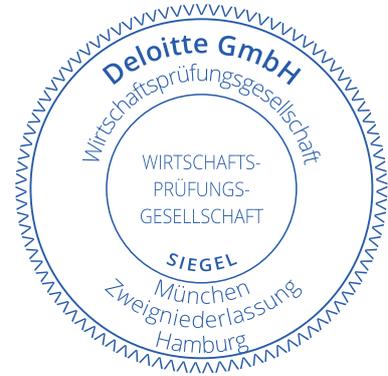
C5D9672F1211464...

Annika Deutsch
Wirtschaftsprüferin

DocuSigned by:

D6F5D5607DD445E...

Christina Marquardt
Wirtschaftsprüferin



Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleiches gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

(3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.

(5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

(6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.